

OA-Update Sanktionen - 2022/41 – Entwicklungen vom 24. Juni

(Stand: 24.06., 14:30 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir haben für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de, Tel: 030-206167-129.

Deutsche Exporte nach Russland sinken weiter, aber nicht mehr so stark

Die deutschen Exporte in die Russische Föderation sanken laut Angaben des Statistischen Bundesamts im Mai 2022 gegenüber Mai 2021 infolge der wegen des Kriegs in der Ukraine gegen Russland getroffenen Sanktionen, anderer Maßnahmen zur Exportbeschränkung und nicht sanktioniertem Verhalten der Marktteilnehmer um 50,0 % auf 1,1 Milliarden Euro, nachdem sie im April 2022 gegenüber April 2021 um 64,1 % auf 0,8 Milliarden Euro gefallen waren. Im Mai 2022 lag die Russische Föderation damit auf Rang 10 der wichtigsten Bestimmungsländer für deutsche Exporte außerhalb der EU. Im April 2022 hatte Russland Rang 14 und im Februar 2022 noch Rang 5 belegt.

Im Mai 2022 wurden nach den vorläufigen Ergebnissen Waren im Wert von 59,7 Milliarden Euro in Drittstaaten exportiert. Im Vergleich zum Vorjahresmonat Mai 2021 stiegen die Exporte um 22,7 %. Dieser deutliche wertmäßige Anstieg ist auch vor dem Hintergrund der stark gestiegenen Außenhandelspreise zu sehen.

Wichtigster Handelspartner für die deutschen Exporteure waren im Mai 2022 die Vereinigten Staaten. Dorthin wurden Waren im Wert von 13,6 Milliarden Euro exportiert. Damit stiegen die Exporte in die Vereinigten Staaten gegenüber Mai 2021 um 49,7 %. In die Volksrepublik China wurden Waren im Wert von 9,3 Milliarden Euro exportiert, das waren 10,5 % mehr als im Vorjahresmonat. Die Exporte in das Vereinigte Königreich stiegen im Vorjahresvergleich um 19,3 % auf 5,9 Milliarden Euro.

[Exporte in Nicht-EU-Staaten im Mai 2022: voraussichtlich +1,1 % zum April 2022 - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](#)

dpa:

Umfrage: Mehrheit sieht Verhältnis zu Russland dauerhaft beschädigt

Eine Mehrheit der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger hält das deutsch-russische Verhältnis wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine für dauerhaft beschädigt. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Zeitschrift "Internationale Politik" halten es mehr als zwei Drittel der Befragten (71 Prozent) für ausgeschlossen, dass mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin eine Rückkehr zu den Beziehungen zwischen Moskau und Berlin möglich ist, wie sie vor Kriegsbeginn bestanden hatten.

Nur ein knappes Viertel (24 Prozent) glaubt demnach, die Beziehungen könnten nach einem Ende des Krieges wieder so werden wie davor. Mit 32 Prozent neigen Männer stärker zu der Ansicht, eine Rückkehr sei möglich, als Frauen (17 Prozent). Zudem glauben im Osten Deutschlands mit 81 Prozent mehr Menschen, dass das deutsch-russische Verhältnis auch nach einem Ende des Krieges dauerhaft beschädigt bleibt, als im Westen (69 Prozent).

Mit Blick auf die parteipolitischen Präferenzen fällt bei der Umfrage auf, dass Unionswähler (77 Prozent), Wähler der SPD (76 Prozent) und der AfD (75 Prozent) gefolgt von jenen der Grünen (72 Prozent) am stärksten davon überzeugt sind, dass es eine Rückkehr zu den Beziehungen vor dem Krieg nicht geben wird. Anhängerinnen und Anhänger der FDP sind seltener dieser Meinung (66 Prozent).

PRESSEMITTEILUNG

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz ruft Alarmstufe 2 des Notfallplans Gas aus – Versorgungssicherheit weiterhin gewährleistet

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat heute nach Abstimmung innerhalb der Bundesregierung die zweite Stufe des Notfallplans Gas, die sogenannte Alarmstufe, ausgerufen. Aktuell ist die Versorgungssicherheit gewährleistet, aber die Lage ist angespannt. Der Notfallplan Gas hat drei Stufen, die dritte ist die Notfallstufe.

Grund für die Ausrufung der Alarmstufe ist die seit dem 14. Juni 2022 bestehende Kürzung der Gaslieferungen aus Russland und das weiterhin hohe Preiseniveau am Gasmarkt. Zwar sind die Gasspeicher mit 58 Prozent stärker gefüllt als im Vorjahr. Doch sollten die russischen Gaslieferungen über die Nord Stream 1-Leitung weiterhin auf dem niedrigen Niveau von 40 Prozent verharren, ist ein Speicherstand von 90 Prozent bis Dezember kaum mehr ohne zusätzliche Maßnahmen erreichbar. Dies zeigen Berechnungen der Bundesnetzagentur. Damit liegt aktuell eine Störung der Gasversorgung vor, die zu einer erheblichen Verschlechterung der Gasversorgungslage führt; die Ausrufung der Alarmstufe ist daher notwendig. Die europäischen Partner wurden über den Schritt informiert.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, erklärte hierzu: „Auch wenn aktuell noch Gasmengen am Markt beschafft werden können und noch eingespeichert

wird: Die Lage ist ernst, und der Winter wird kommen. Wir dürfen uns nichts vormachen: Die Drosselung der Gaslieferungen ist ein ökonomischer Angriff Putins auf uns. Es ist offenkundig Putins Strategie, Unsicherheit zu schüren, die Preise zu treiben und uns als Gesellschaft zu spalten. Dagegen wehren wir uns. Es wird aber ein steiniger Weg, den wir jetzt als Land gehen müssen. Auch wenn man es noch nicht so spürt: Wir sind in einer Gaskrise. Gas ist von nun an ein knappes Gut. Die Preise sind jetzt schon hoch, und wir müssen uns auf weitere Anstiege gefasst machen. Das wird sich auf die industrielle Produktion auswirken und für viele Verbraucherinnen und Verbraucher eine große Last werden. Es ist ein externer Schock.“

Der Minister betonte weiter: „Als Bundesregierung setzen wir alles daran, die Folgen zu mildern und die Versorgungssicherheit aufrecht zu erhalten. Die Befüllung der Gasspeicher hat jetzt oberste Priorität. Wir kümmern uns um alternative Gas-Lieferungen und bauen mit Hochdruck die nötige Infrastruktur. Wir beschleunigen den Ausbau der Erneuerbaren Energien in nicht gekannter Weise. Es wird eine nationale Kraftanstrengung. Aber wir können sie in Solidarität miteinander bewältigen - Bund, Länder und Kommunen, Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, die Zivilgesellschaft. Energie einzusparen, ist das Gebot der nächsten Monate. Alle Verbraucherinnen und Verbraucher – sowohl in der Industrie, in öffentlichen Einrichtungen wie in den Privathaushalten – sollten den Gasverbrauch möglichst weiter reduzieren, damit wir über den Winter kommen. Als Regierung treiben wir die Energieeffizienz voran und setzen auch bei uns im Ministerium Energiesparmaßnahmen um.“

Um den Gasverbrauch in der Stromerzeugung zu senken, wird die Bundesregierung, wie am 19. Juni angekündigt, zusätzliche Kohlekraftwerke aus der Bereitschaft abrufen. Dazu hat das BMWK bereits die Kraftwerksbetreiber angeschrieben und gebeten, die nötigen Schritte zu veranlassen. Das entsprechende Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz, das den Abruf der Gasersatz-Reserve ermöglicht, ist derzeit im parlamentarischen Verfahren. Das BMWK bereitet alle entsprechenden Verordnungen vor; um sie zügig nach Inkrafttreten und passgenau zu nutzen. „Wir bringen Kohlekraftwerke in den Markt und reduzieren die Menge an Gas. Das ist schmerzlich, Kohlekraftwerke sind einfach Gift fürs Klima. Aber für eine Übergangszeit müssen wir es tun, um Gas einzusparen und über den Winter zu kommen“, sagte Habeck.

Zugleich hat die Bundesregierung eine Kreditlinie von zunächst 15 Milliarden Euro zur Speicherbefüllung zur Verfügung gestellt, abgesichert durch eine Garantie des Bundes. „Wir füllen die Speicher, sie müssen zum Winter hin voll sein“, sagte Habeck. Noch im Sommer soll zudem ein Gasauktionsmodell an den Start gehen, das industrielle Gasverbraucher anreizt, Gas einzusparen. Die Bundesnetzagentur hat dieses Modell am 21. Juni 2022 näher ausbuchstabiert. Weitere Konkretisierungen werden in den kommenden Wochen erfolgen, damit es zügig an den Start gehen kann. „Wenn darüber hinaus weitere Maßnahmen nötig sind, werden wir sie ergreifen“, sagte Habeck.

Um die Gaskrise gemeinsam zu bewältigen, wird Minister Habeck in den nächsten Tagen den Austausch mit der Wirtschaft, seinen Amtskolleginnen und Kollegen in den Ländern und der Europäischen Union, aber auch mit Verbraucherschützern, Gewerkschaften und Umweltverbänden noch einmal intensivieren. „Es ist wichtig, in dieser Krise die

unterschiedliche Betroffenheit zu kennen, das Wissen und Können zusammenzubinden und so immer wieder bessere Lösungen zu finden. Wir werden in dieser Krise lernen, wir werden immer wieder Dinge anpassen.“

Der Minister machte weiter deutlich: „Als Bundesregierung werden wir unseren Teil tun, um gerade die Menschen, die wenig verdienen, zu entlasten. Wir werden nicht alles auffangen können, aber da, wo schon jetzt jeder Cent zweimal umgedreht werden muss und die Angst vor der nächsten Heizkostenrechnung umgeht, müssen wir helfen. Daher werden wir in der Bundesregierung über weitere Entlastungsmaßnahmen beraten.“

Von dem sogenannten Preisanpassungsmechanismus, den § 24 des Energiesicherungsgesetzes ermöglicht, macht die Bundesregierung vorerst noch nicht Gebrauch. Voraussetzung für diesen Mechanismus ist nach § 24 EnSiG, dass die Bundesnetzagentur eine erhebliche Reduzierung der Gesamtgasimportmengen nach Deutschland feststellt und durch Verkündung im Bundesanzeiger feststellt, das bedeutet faktisch, es muss eine verstetigte Reduzierung des Gesamtimportmengen geben. „Dieser Mechanismus kann in bestimmten Situationen notwendig sein, um einen Kollaps der Energieversorgung zu verhindern. Aber er hat auch Schattenseiten, daher arbeiten wir auch an alternativen Konzepten. Es gilt, den Markt trotz hoher zusätzlicher Kosten am Laufen zu halten“, sagte Habeck.

Hier die Langfassung der Pressemitteilung, die auch nähere Erläuterungen zum Notfallplan-Gas und zum Auktionsmodell enthält:

[BMWK - Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz ruft Alarmstufe des Notfallplans Gas aus – Versorgungssicherheit weiterhin gewährleistet](#)

BMWK-PRESSEMITTEILUNG

Habeck: „Wir stärken die Vorsorge weiter und ergreifen zusätzliche Maßnahmen für weniger Gasverbrauch“

Angesichts der Drosselung der Gaslieferungen aus Russland ergreift die Bundesregierung zusätzliche Maßnahmen, um Gas einzusparen. So wird der Einsatz von Gas für die Stromerzeugung und die Industrie gesenkt sowie die Befüllung der Speicher weiter forciert. Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck:

„In den letzten Tagen hat sich die Lage am Gasmarkt verschärft. Noch können die ausfallenden Mengen ersetzt werden, noch läuft die Befüllung der Gasspeicher, wenn auch zu hohen Preisen. Die Versorgungssicherheit ist aktuell gewährleistet. Aber die Situation ist ernst. Wir stärken daher weiter die Vorsorge und ergreifen zusätzliche Maßnahmen für weniger Gasverbrauch. Das heißt: Der Gasverbrauch muss weiter sinken, dafür muss mehr Gas in die Speicher, sonst wird es im Winter wirklich eng. Wir werden jetzt die nächsten Schritte gehen. Schon seit Monaten sind wir dabei, Werkzeuge zu schärfen, neue zu schaffen, bestehende Hemmnisse zu beseitigen. Wir beschleunigen den Ausbau der Erneuerbaren Energien in nicht gekannter Weise, setzen die Einspeicherung von Gas durch

und treiben den Ausbau von LNG-Terminals sowie Energieeffizienz-Maßnahmen voran. Die Dringlichkeit dieser Aufgaben bestimmt unsere permanente Arbeit. Jetzt werden wir einen weiteren Teil der Werkzeuge rausholen und nutzen. Wir werden den Gasverbrauch im Strombereich und der Industrie senken und die Befüllung der Speicher forcieren. Je nach Lage werden wir weitere Maßnahmen ergreifen.“

Der Minister machte deutlich: „Die angespannte Situation und die hohen Preise sind eine unmittelbare Folge von Putins Angriffskrieg auf die Ukraine. Da gibt es kein Vertun. Mehr noch: Es ist offenkundig die Strategie von Putin, uns zu verunsichern, die Preise in die Höhe zu treiben und uns zu spalten. Das lassen wir nicht zu. Wir setzen uns entschlossen, präzise und durchdacht zur Wehr.“

Überblick über zusätzliche Maßnahmen für weniger Gasverbrauch:

1. Gasreduktion im Stromsektor

Um den Gasverbrauch zu senken, soll weniger Gas zur Stromproduktion genutzt werden. Stattdessen werden Kohlekraftwerke stärker zum Einsatz kommen müssen. Das entsprechende Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz, das dies ermöglicht, ist derzeit im parlamentarischen Verfahren und soll am 8. Juli im Bundesrat behandelt werden und dann zügig in Kraft treten. Parallel dazu bereitet das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) jetzt die notwendige Ministerverordnung vor, mit der die Gasersatzreserve aktiviert wird.

„Mit dem Gesetz richten wir eine Gasersatz-Reserve auf Abruf ein. Und ich kann jetzt schon sagen: Wir rufen die Gasersatz-Reserve ab, sobald das Gesetz in Kraft getreten ist. Das bedeutet, so ehrlich muss man sein, dann für eine Übergangszeit mehr Kohlekraftwerke. Das ist bitter, aber es ist in dieser Lage schier notwendig, um den Gasverbrauch zu senken. Wir müssen und wir werden alles daran setzen, im Sommer und Herbst so viel Gas wie möglich einzuspeichern. Die Gasspeicher müssen zum Winter hin voll sein. Das hat oberste Priorität“, sagte Habeck.

Mit dem Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz wird die Gasersatz-Reserve befristet bis zum 31. März 2024 eingerichtet. Dafür werden Kraftwerke, die bereits heute als Reserve dem Stromsystem zur Verfügung stehen, ertüchtigt, um kurzfristig an den Markt zurückkehren zu können. Dies führt angesichts des Preisgefüges dazu, dass Gaskraftwerke aus dem Markt verdrängt werden. Gas trug 2021 zu ca. 15 Prozent zur öffentlichen Stromerzeugung bei, der Anteil dürfte in den ersten Monaten 2022 aber schon geringer sein. Durch die Maßnahmen zur Reduktion des Gasverbrauchs kann das Stromerzeugungsangebot in einer kritischen Gasversorgungslage um bis zu 10 GW ausgeweitet werden, wodurch der Gasverbrauch zur Stromerzeugung substantiell reduziert wird.

Um die Ersatzkraftwerke zum Laufen zu bringen, benötigen die Betreiber technischen Vorlauf. Minister Habeck machte deutlich, dass die Kraftwerksbetreiber sich schon jetzt darauf einstellen sollten, so dass alles so bald wie möglich einsatzbereit ist.

2. Gasauktions-Modell zur Reduktion von Industriegas

Noch im Sommer soll ein Gasauktions-Modell an den Start gehen, das industrielle Gasverbraucher anreizt, Gas einzusparen. Dazu entwickeln der Marktgebietsverantwortliche Trading Hub Europe (THE), die Bundesnetzagentur (BNetzA) und das BMWK ein Gas-Regelenergieprodukt, mit dem Industriekunden gemeinsam mit ihren Lieferanten gegen eine rein arbeitspreisbasierte Vergütung ihren Verbrauch in Engpasssituationen reduzieren und Gas dem Markt zur Verfügung stellen können (Demand-Side Management). Damit wird - einer Auktion gleich - ein Mechanismus geschaffen, der industriellen Gasverbrauchern einen Anreiz gibt, Gas einzusparen, das dann wiederum zum Einspeichern genutzt werden kann. Das Modell soll dafür sorgen, dass möglichst viele Gas-Mengen für etwaige Engpasssituationen im kommenden Winter bereitstehen.

„Das schafft einen Anreiz, um den Verbrauch in der Industrie zu senken, so dass mehr zum Speichern zur Verfügung steht. Das ist dringend nötig. Alles, was wir weniger verbrauchen, hilft. Hier ist die Industrie ein Schlüsselfaktor“, sagte Habeck.

3. Stärkung der Einspeicherung

Um die Einspeicherung von Gas zu sichern, wird die Bundesregierung schon in Kürze zusätzliche KfW-Kreditlinien zur Verfügung stellen. Damit erhält zunächst der Marktgebietsverantwortliche Trading Hub Europe THE die nötige Liquidität, um Gas einzukaufen und die Befüllung der Speicher voranzutreiben. Der Kredit wird über eine Garantie des Bundes abgesichert.

Zu THE: Die Trading Hub Europe GmbH (THE) ist eine Tochtergesellschaft von elf Ferngasnetzbetreibern und betreibt als Marktgebietsverantwortlicher das deutsche Marktgebiet. Die THE hat als Hauptaufgaben Regelenergiemanagement, Bilanzkreismanagement und Betrieb des virtuellen Handelspunktes zu erfüllen. Die THE übt so eine gesetzlich vorgesehene und legitimierte Monopolaufgabe aus und führt seit der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) bei Bedarf Maßnahmen zur Befüllung von Gasspeichern durch.

Das am 30. April 2022 in Kraft getretene überarbeitete EnWG sieht im Kern vor, dass die Nutzer von Gasspeicheranlagen in Deutschland die von ihnen gebuchten Kapazitäten befüllen müssen, um Leerstand zu vermeiden. Sollte die Befüllung ausbleiben, werden die Kapazitäten den Nutzern entzogen und der THE als Marktgebietsverantwortlichem zur Verfügung gestellt. Für den Gasspeicher Rehden (s.u) ist das bereits erfolgt. Die THE ist damit verpflichtet, die Gasspeicher schrittweise bis auf 90 Prozent zum 1. Dezember 2022 zu füllen. Zum 1. August soll der Füllstand mindestens 65 Prozent erreichen, zum 1. Oktober mindestens 80 Prozent. Die THE lässt die Speicher dann entweder von anderen Marktakteuren im Wege einer Sonderausschreibung befüllen oder kauft selbst Gas ein, um dieses einzuspeichern.

Überblick über bereits ergriffene Maßnahmen zur Stärkung der Vorsorge im Gasbereich: Die Bundesregierung und das Bundeswirtschafts- und Klimaschutzministerium haben seit Monaten ein breites Portfolio an Maßnahmen ergriffen, um die Vorsorge zu stärken und Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten. Dazu zählen insbesondere folgende Maßnahmen:

1. Einkauf von Gas

Das Bundeswirtschaftsministerium hat bereits im März 2022 über den Marktgebietsverantwortlichen THE Gas beschaffen lassen. Dieses Ankaufprogramm ist mittlerweile abgeschlossen. Insgesamt konnten rd. 950 Mio. m³ Erdgas erworben werden, die bis Ende Mai in die Speicher eingebracht wurden. Seit dem 18.03.2022 wurden die Gasspeicher überwiegend wieder gefüllt. Nach niedrigen Speicherständen im Winter liegen die Stände aktuell bei rund 56% und damit über den Speicherständen des Vorjahres im gleichen Zeitraum.

2. Sicherung der Liquidität der Akteure auf dem Markt für Gaseinkauf

Um das Funktionieren des Energiemarktes – und damit der Energieversorgung - sicherzustellen und besonders betroffenen Unternehmen angesichts der stark gestiegenen Gaspreise die notwendige Liquidität zu sichern, hat die Bundesregierung mit KfW-Krediten unterstützt.

Zusätzlich hat die Bundesregierung, als Teil des Schutzschildes für vom Ukraine-Krieg betroffenen Unternehmen, ein neues Absicherungsinstrument geschaffen. Hierbei geht es um Unternehmen, die an den Terminbörsen mit Strom, Erdgas und Emissionszertifikaten handeln. Sie müssen Sicherheitsleistungen (sog. Margins) finanzieren, die umso höher sind, je stärker die Preise steigen. Damit die Energiehändler genug Liquidität haben, stellt die Bundesregierung finanzielle Mittel in Form von Kreditlinien der KfW bereit und sichert sie über eine Bundesgarantie ab. Seit dem 17. Juni 2022 können Beratungsgespräche zum Programm geführt werden. Voraussichtlich Ende Juni 2022 kann die Antragstellung starten. Weitere Informationen finden Sie hier.

3. Gasspeichergesetz

Das am 25. März vom Deutschen Bundestag verabschiedete „Gasspeichergesetz“ ist am 30.4. in Kraft getreten. Es regelt erstmals, dass Gasspeicher zu Beginn der Heizperiode fast vollständig gefüllt sein müssen, um sicher durch den Winter zu kommen. Dafür werden konkrete Füllstände vorgegeben: Zum 1. Oktober müssen die Speicher zu 80 Prozent gefüllt sein, zum 1. November zu 90 Prozent und am 1. Februar immer noch zu 40 Prozent. Auch als Folge davon sind die Gasspeicher schon jetzt deutlich besser gefüllt als in den Vorjahren – und das, nachdem zu Beginn des Jahres die Speicherstände auf einem historischen Tief waren.

4. Befüllung des größten Gasspeichers Rehden sowie weiterer Gasspeicher

Um ausreichende Füllstände von Gasspeichern in Deutschland sicherzustellen, hat Bundesminister Robert Habeck am 1. Juni 2022 eine Ministerverordnung erlassen, die am 2. Juni 2022 in Kraft getreten ist. Diese Verordnung ermöglicht es, Speicheranlagen mit besonders niedrigen Ständen rechtzeitig aufzufüllen. Damit kann jetzt auch Deutschlands größter Gasspeicher in Rehden, der bislang historisch niedrige Stände aufwies, befüllt werden. Die Einspeicherung geschieht durch den Marktgebietsverantwortlichen Trading Hub

Europe, der nun noch einmal Kreditlinien für die Einspeicherung erhalten soll (s. oben). Der Gasspeicher in Rehden steht im Eigentum der Gazprom-Germania-Gruppe (künftig SEFE, siehe hier). Er wurde anders als Speicher anderer Eigentümer über Monate nur in geringfügigem Maß befüllt; über Monate lag der Füllstand nur bei 2 Prozent. Erst durch die Aktivitäten von THE in den letzten Wochen sind die Füllstände wieder gestiegen.

5. Zügiger Ausbau der LNG-Infrastruktur

Deutschland hat bislang keinen Hafen, an dem Flüssiggas angelandet werden kann. Das ist aber nötig, um die Gasversorgung aus nicht-russischen Quellen zu stärken und so unabhängig von russischen Importen zu werden. Die Bundesregierung treibt daher mit Hochdruck die Errichtung von sogenannten schwimmenden LNG-Terminals voran. Sie hat erstens vier Spezialschiffe, sogenannte FSRU, gesichert, auf denen Flüssiggas wieder in Gas umgewandelt werden. Zweitens hat sie mit einem LNG-Beschleunigungsgesetz die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, um den Bau der nötigen Anbindungen an Land zu beschleunigen, damit bereits im Winter zwei der vier FSRU-Schiffe in Betrieb gehen können und so LNG in das deutsche Gasversorgungsnetz eingespeist werden kann. Hieran arbeiten alle Beteiligten mit Hochdruck.

6. Absicherung der Treuhandverwaltung GPG (nunmehr Securing Energy for Europe GmbH, SEFE)

Um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten, hat die Bundesregierung die Treuhandverwaltung der Gazprom Germania längerfristig abgesichert, durch Überführung der bisherigen Treuhand nach Außenwirtschaftsrecht in eine Treuhand nach dem Energiesicherungsgesetz. Zugleich hat die Bundesregierung das durch Sanktionen von russischer Seite ins Straucheln geratene Unternehmen über ein Darlehen in einem Umfang von 9-10 Mrd. Euro vor der Insolvenz bewahrt. Mit diesem Vorgehen behält die Bundesregierung den Einfluss auf diesen Teil der kritischen Energieinfrastruktur und verhindert eine Gefährdung der Energiesicherheit. Die Pressemitteilung der Bundesregierung hierzu finden Sie hier. Nähere Informationen und eine FAQ-Liste finden Sie hier.

7. Schutz von energie- und handelsintensiven Unternehmen

Um energie- und handelsintensive Unternehmen, die besonders von Erdgas- und Strompreisanstiegen betroffen sind, zu unterstützen, ist ein viertes Programm im Rahmen des Schutzschildes für vom Ukraine-Krieg betroffene Unternehmen auf der Zielgraden. Es ergänzt die drei bereits angelaufenen Unterstützungsmaßnahmen bestehend aus KfW-Krediten, dem Sonderbürgschaftsprogramm und dem Margining-Absicherungsinstrument. Dieses vierte Programm zur temporären Kostendämpfung ermöglicht einen zeitlich befristeten und eng umgrenzten Kostenzuschuss ohne Rückzahlungspflicht. Die erforderliche beihilferechtliche Genehmigung wird in Kürze erwartet, entsprechend ist mit dem Start der Antragstellung in den kommenden Wochen zu rechnen.

PRESSEMITTEILUNG

Weiteres Absicherungsinstrument (Margining) aus dem Schutzschild der Bundesregierung für von Kriegsfolgen betroffene Unternehmen startet

Das Kriegsgeschehen in der Ukraine hat spürbare Auswirkungen auch auf deutsche Unternehmen. Stark gestiegene Energiepreise stellen für viele Unternehmen eine Belastung dar. Für die vom Krieg besonders betroffenen Unternehmen haben das Bundesfinanzministerium und das Bundeswirtschafts- und Klimaschutzministerium deswegen bereits im April ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgelegt. Dieses Paket wird Schritt für Schritt umgesetzt. Nach dem Ende April bzw. Anfang Mai bereits das KfW-Kreditprogramm und das Bürgschaftsprogramm gestartet sind, kann nun das dritte Instrument an den Start gehen. Beim Margining-Finanzierungsinstrument geht es um ein Absicherungsinstrument, das Unternehmen, die an den Terminbörsen mit Strom, Erdgas und Emissionszertifikaten handeln, den Zugang zu ausreichender Liquidität sicherstellt – gerade für den Fall weiterer Preissteigerungen und Volatilität. Diese Maßnahme ist wichtig und notwendig, um Sicherheitsleistungen (sog. Margins) zu finanzieren, die beim Handel mit Energie verpflichtend zu leisten sind. Die finanziellen Mittel werden in Form von Kreditlinien der KfW bereitgestellt. Diese sind über eine Bundesgarantie abgesichert. Erste Beratungsgespräche sind ab sofort möglich.

Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck: „Der Krieg in der Ukraine und gerade die letzten Tage haben erneut deutlich gemacht, dass wir uns so schnell wie möglich aus der Klammer russischer Importe befreien. Eine beschleunigte Energiewende ist hierfür das A und O. Für die Versorgungssicherheit brauchen wir funktionierende und stabile Energiemärkte. Damit dies gewährleistet ist, müssen wir Energieunternehmen, bei der Sicherung ihrer Liquidität unterstützen. Sonst riskieren wir eine instabile Energieversorgung. Daher schaffen wir ein neues Instrument. Energieunternehmen, die Erdgas, Strom und Emissionszertifikaten an den Terminbörsen handeln, um ihre Produktion zu steuern und abzusichern, müssen Sicherheitsleistungen, also Marginings erbringen. Diese steigen, je höher die Preise sind. Das kann für Unternehmen zu einem Liquiditätsproblem werden - sie haben im Zweifel auch bei insgesamt guter Aufstellung nicht die Mittel parat, um diese Marginings zu leisten. Deshalb sichern wir die Unternehmen über KfW-Kredite ab, damit diese notwendigen Sicherheitsleistungen auch im aktuellen Preisumfeld erbracht werden können.“

Bundesfinanzminister Christian Lindner: „Wir lassen weder unsere Bürgerinnen und Bürger noch unsere Betriebe mit den stark steigenden Energiepreisen allein. Mit diesem Absicherungsinstrument erweitern wir die Maßnahmen, die wir bereits unternommen haben, um die Preisentwicklungen abzufedern. Wir greifen den Unternehmen unter die Arme, die ohne eigenes Zutun aufgrund der extremen Entwicklung an den Energiemärkten in vorübergehende Finanzierungsschwierigkeiten geraten sind.“

Der Vorstandsvorsitzende der KfW, Stefan Wintels: „Der Krieg in der Ukraine hat uns nochmal schmerzhaft und drastisch vor Augen geführt, wie wichtig die Souveränität und die Resilienz Deutschlands und Europas ist. Der Energiesektor spielt hierbei eine zentrale Rolle, denn die Stabilität der Energieversorgung ist eine unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Die KfW wird ihren Beitrag

leisten, um die Energie- und Versorgungssicherheit in Deutschland aufrecht zu erhalten. Zugleich werden wir unser Engagement für die Entwicklung und Nutzung von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz weiter ausbauen.“

Nähere Informationen zu dem Finanzierungsinstrument:

Mit Bundesgarantie unterlegte KfW-Kreditlinien zur Liquiditätsunterstützung für Sicherheiten (sog. Margins) an den Terminmärkten für Strom, Erdgas und Emissionszertifikate

Wer ist antragsberechtigt?

Unternehmen mit Sitz oder Niederlassung in Deutschland.

Was wird finanziert?

Sicherheitsleistungen aus Margining-Verpflichtungen für Strom, Erdgas und Emissionszertifikate aus Terminkontrakten an den Börsen EEX und ICE Endex sowie außerbörsliche Termingeschäfte mit diesen Produkten, die von den Clearinghäusern ECC und ICE Clear Europe abgewickelt werden.

Finanziert werden nur Sicherheitsleistungen aus Margining-Verpflichtungen des Unternehmens oder seiner Konzerngesellschaften aus Kontrakten

- für Strom und Erdgas mit Bezug zum deutschen Spotmarkt oder für physische Lieferungen von Strom und Gas weitgehend in oder nach Deutschland; sowie
 - für Strom, Erdgas und Emissionszertifikate: zur Risikoabsicherung von Beschaffung, Lieferungen, Produktion weitgehend in oder nach Deutschland oder für die Compliance mit dem EU ETS für Stromproduktion weitgehend in Deutschland.
- Spekulative Positionen werden nicht finanziert.

Welche Zugangsvoraussetzungen gelten?

Margining-Forderungen müssen aufgrund außerordentlich hoher Preisniveau- und Preisvolatilitätssteigerungen auf den Energiemärkten entstanden sein.

Die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik Deutschland muss ohne Kreditgewährung gefährdet sein.

Dem Unternehmen ist eine anderweitige Finanzierung nicht möglich. Positives Ergebnis einer Bonitätsprüfung und Fortführungsprognose; es darf sich nicht um ein Unternehmen in Schwierigkeiten im beihilferechtlichen Sinne handeln.

Welche Konditionen gelten?

Der Zinssatz orientiert sich an dem EU-Referenzzinsschema, ergänzt um eine variable Zins-Komponente. Der Zinssatz wird entsprechend der Bonität festgelegt, jedenfalls wird aber ein

Aufschlag auf den Marktzins vereinbart. Für nicht in Anspruch genommene Teile der Kreditlinie wird eine Bereitstellungsprovision vereinbart.

Im Rahmen der Kreditprüfung wird eine Eigenbeteiligung der Konzernmuttergesellschaft bzw. der öffentlichen Eigentümer des Unternehmens eingefordert.

Voraussetzung für die Nutzung der Kreditlinie ist ein Bonusverzicht der Organmitglieder sowie – soweit rechtlich möglich – Verzicht auf Gewinnausschüttungen für jeweils das gesamte Kalenderjahr einer Nutzung der Kreditlinie.

Verfahren:

Unternehmen, die antragsberechtigt sind, haben die Möglichkeit, zunächst in einem Beratungsgespräch die beizubringenden Unterlagen sowie notwendigen Vorbereitungen seitens des Unternehmens abzuklären. Darüberhinausgehende Prüfungen sind erst nach Antragstellung möglich. Ansprechpartner beim Mandatar des Bundes sind:

Curt Distler, Tel.: 0211 981 2647, E-Mail: curt.distler@de.pwc.com

Bernd Papenstein, Tel.: 0211 981 2639, E-Mail: bernd.papenstein@de.pwc.com

Der Antrag für die Kreditlinie ist in Schriftform beim BMWK zu stellen.

Beginn und Befristung:

Für das Finanzierungsinstrument kann ab sofort ein Beratungsgespräch geführt werden. Die Antragstellung wird aktuell vorbereitet und ist voraussichtlich Ende Juni 2022 möglich. Es ist aber bereits jetzt sinnvoll ein Beratungsgespräch zu führen und die Antragstellung vorzubereiten.

Eine Unterzeichnung von Darlehensverträgen ist bis 31.12.2022 möglich; Kreditlaufzeiten sind bis 30.04.2023 möglich.

dpa:

Finanzhilfen für Landwirtschaftsbetriebe werden vorbereitet

Das Bundesagrarministerium bringt angekündigte Finanzhilfen für Landwirtschaftsbetriebe mit besonderen Belastungen infolge des Ukraine-Krieges auf den Weg. Damit möglichst viele profitieren können, soll die Beihilfe auf 15.000 Euro pro Unternehmen begrenzt werden, wie das Ressort am Montag in Berlin mitteilte. Die Auszahlung ist laut einem nun vorgestellten Verordnungsentwurf bis spätestens 30. September vorgesehen. Geld bekommen können demnach etwa Obst- und Gemüsebauern, Winzer, Geflügel- und Schweinehalter. Für die Hilfen stockt Deutschland 60 Millionen Euro von der EU mit nationalen Haushaltsmitteln auf bis zu 180 Millionen Euro auf.

Unterstützt werden sollen damit Betriebe, die wegen höherer Betriebsmittelkosten oder wegen Handelsbeschränkungen besonders von Marktstörungen infolge des Kriegs betroffen

sind. Konkret werden zwei Hilfsprogramme mit bestimmten Voraussetzungen vorbereitet. Die Höhe der Summe, die Höfe bekommen, soll sich nach Flächen- und Tierzahlen richten. Das Geld soll Gewinneinbußen zum Teil ausgleichen.

BDI revidiert Wachstumsprognose für 2022

Hier eine Übersicht über die wichtigsten Inhalte des aktuellen BDI-Quartalsberichts:

„Die reale Wirtschaftsleistung wird im laufenden Jahr nur um rund 1,5 Prozent steigen. Aufgrund der russischen Invasion verzögert sich die Erholung von den Pandemie-Folgen. Zum Jahresbeginn war der BDI von 3,5 Prozent BIP-Plus ausgegangen. Die Rückkehr zum Vorkrisenniveau ist frühestens zum Jahresende zu erwarten.

Der Außenhandel wird zur Wachstumsbremse: Wir rechnen mit einem Anstieg der Exporte von Waren und Dienstleistungen um 2,5 Prozent. Die Importe werden mit 4,5 Prozent stärker steigen. Grund sind hohe Energie- und Rohstoffpreise sowie anziehende Auslandsreisen.

Die Unsicherheitsfaktoren sind immens, auch neben dem Krieg. Versorgungsnetzwerke und Lieferketten sind zum Zerreißen gespannt. Noch immer beschäftigen uns das Corona-Virus und seine Folgen – etwa durch die fehlgeschlagene Null-Covid-Politik Chinas, perspektivisch in der Sorge vor einer neuen Virusvariante im Herbst.“

Die Konsumausgaben der Privaten Haushalte werden die Binnenkonjunktur stützen. Trotz Inflation überwiegen positive Effekte durch gestiegene verfügbare Einkommen, Transferzahlungen und den Sparüberhang.

Investitionen in der Warteschleife: Materialengpässe und die gestiegenen Unsicherheiten durch den Krieg in der Ukraine bremsen Investitionstätigkeit aus. Bei Bauinvestitionen sind Material- und Personalengpässe limitierender Faktor.“

Hier das vollständige pdf:

[3266 Quartalsbericht Deutschland II 2022 final.pdf \(mailingwork.de\)](#)

B7-Gipfeltreffen in Berlin – Empfehlungen an die G7 – Tag der Industrie

Im Rahmen des Gipfeltreffens der Business 7, das am 19. und 20. Juni durch den BDI in Berlin organisiert wurde, haben die führenden Wirtschaftsverbände aus den beteiligten sieben Ländern Empfehlungen an die G7 an Bundeskanzler Olaf Scholz übergeben. Die B7 unterstützen darin die Sanktionen der G7-Regierungen, um die Kosten für Russland zu erhöhen, und fordern die G7-Regierungen auf, eine dynamische Wirtschaftspolitik zu

betreiben, um Unternehmensinvestitionen anzukurbeln, Arbeitsplätze zu schaffen und den Unternehmen zu helfen, ein beschäftigungsreiches Wachstum nach und trotz des Krieges zu stimulieren. „Wir ermahnen unsere Staats- und Regierungschefs, die sich abzeichnende Politik des grünen Übergangs zu verbessern und fordern die G7 auf, auf offene Märkte und ehrgeizige Handelsabkommen hinzuarbeiten, um eine widerstandsfähige Weltwirtschaft zu ermöglichen“.

Alle Key Recommendations finden Sie hier:

[Key recommendations for G7 leaders \(bdi.eu\)](https://www.bdi.eu/key-recommendations-for-g7-leaders)

Die Höhepunkte des Tages der Industrie des BDI vom Wochenbeginn mit Auftritten von Bundeskanzler Scholz, Bundeswirtschaftsminister Habeck, Bundesfinanzminister Lindner und von Oppositionsführer Merz können Sie auf dieser Seite noch einmal nachvollziehen:

[TDI: Tag der Industrie \(bdi.eu\)](https://www.bdi.eu/tage-der-industrie)

Unterlagen zum Briefing „Wie weiter im russischen Markt?“ vom 21. Juni

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hat in Zusammenarbeit mit der Schneider Group am 21. Juni die Veranstaltung: „**Wie weiter im russischen Markt?**“ durchgeführt. Eine Präsentation zu dieser Veranstaltung finden Sie als Download auf dieser Seite:

[Wie weiter im russischen Markt? | Online | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Neue Ausgabe der Russland- und Ukraine-Analysen

Die neue Ausgabe der Russland-Analysen beschäftigen sich mit Wladimir Putin als „Führer, Diktator, Kriegsherr“

[Russland-Analysen Nr. 421 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](https://www.laender-analysen.de/russland-analysen-nr-421)

In Nr. 270 der Ukraine-Analysen geht es um Geschichte und Erinnerungskultur, mit Beiträgen unter anderem zum Asow-Regiment und Stepan Bandera

[Ukraine-Analysen Nr. 270 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen-nr-270)

Make it in Germany

Informationen der Bundesregierung zur Fachkräfteanwerbung (auch aus Russland) in verschiedenen Sprachen: <https://www.make-it-in-germany.com/de/>

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
 - Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de
 - VB2 (Sanktionen), E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de
 - Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de
-

Euler Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](http://agaportal.de)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?blob=publicationFile&v=9

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten: [Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](http://gtai.de)

2. Terminübersicht

27. Juni: LibMod Online-Briefing über die Lage in der Ukraine, 10:00-11:00 Uhr

Der Think-Tank Liberale Moderne (Lib Mod) lädt zu einem Online-Briefing über die Lage in der Ukraine ein - mit **Marieluise Beck** und **Ralf Fücks**, die vor einer Woche aus Charkiw und Kyjiw zurückgekommen sind.

Das Gespräch findet am **Montag, den 27. Juni 2022, von 10:00 bis 11:00 Uhr** in Zoom statt.

Die LibMod-Gründer Beck und Fücks haben zusammen mit unserer Kollegin Viktoria Savchuk mit Politiker:innen, Soldat:innen und Freiwilligen über die dramatische Lage vor Ort gesprochen.

Deutschland liefert nun schwere Waffen an die Ukraine, das Land hat außerdem den langersehnten EU-Kandidatenstatus bekommen. Doch die Ukraine kann diesen Krieg nur mit nachhaltiger Unterstützung des Westens gewinnen. Wie ist die aktuelle militärische Lage in der Ostukraine? Was können Deutschland und die EU tun, um die Ukraine zu stärken? Welche Herausforderungen für die Zivilbevölkerung werden im kommenden Herbst und Winter erwartet, und wie soll man diese angehen?

Das Briefing findet im Rahmen der LibMod-Reihe "[Ukraine Update](#)" mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes statt. Die Aufzeichnung des Gesprächs wird auf der Webseite des Projektes verfügbar sein.

Anmeldung:

[Meeting-Registrierung - Zoom](#)

29. Juni: Ost-Ausschuss-Länderarbeitskreis Russland, 12:00 – 13:00 Uhr

Wir freuen uns, dass wir für diese Sitzung den **Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Russischen Föderation, Dr. Géza Andreas von Geyr**, für einen Vortrag mit anschließendem Austausch gewinnen konnten.

Der Länderarbeitskreis Russland findet im **Online-Format am Mittwoch, den 29. Juni 2022, von 12:00 bis 13:00 Uhr (MESZ)** statt und richtet sich an Ost-Ausschuss-Mitgliedsunternehmen.

Für Rückfragen steht Ihnen Dr. Christiane Schuchart, T: 030 206167 123, E-Mail: C.Schuchart@oa-ev.de zur Verfügung.

30. Juni: Sitzung des Arbeitskreises Gesundheitswirtschaft, 10:00 – 11:30 CET via Microsoft Teams ein.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die GHA – German Health Alliance laden Sie zur 12. Ordentlichen Sitzung des Arbeitskreises Gesundheitswirtschaft ein.

Im Rahmen unserer nächsten Sitzung stehen folgende Themen auf der Agenda:

- Regionales Update: Life Sciences in Litauen
- Aktuelle humanitäre Situation in der Ukraine & Wiederaufbau des Gesundheitssektors
- Unternehmensaustausch und Projekte
- Vorbereitung des **5th German East European & CIS Health Forum** am 14. Oktober 2022

Die Sitzung findet in englischer Sprache statt, teilweise Input in deutscher Sprache. Weiterführende Informationen zur Anmeldung und Agenda finden Sie unter folgendem [Link](#).

Bei Rückfragen und weiteren Beiträgen zur Agenda wenden Sie sich bitte an [Petya Hristova](#) (OA) und [Alexander Boxler](#) (GHA).

30. Juni: “Doing business in Ukraine under martial law”, 1:30 – 2:30 pm CEST

Hereby, we invite to the webinar

**“Doing business in Ukraine under martial law”
30th June 2022
1:30 – 2:30 pm CEST
Via zoom.**

The webinar is organized in partnership of German Eastern Business Association (Ost-Ausschuss) and Go Law attorneys-at-law, based in Kyiv and Berlin. While Ukraine fights for its sovereignty, any support to the Ukrainian economy is crucial: whether it is humanitarian aid, the resurrection of business, or investments into the economy. Ukraine is striving for any such support and, therefore, creates favorable conditions and opportunities both for new business and for the humanitarian aid flow: from tax and customs easements to moratorium for the tax and other inspections.

During our common webinar, we will discuss the business environment and trends, opportunities for foreign investors and aid donors, current restrictions, and easements – everything the foreign investor needs to know about doing business in Ukraine these days with the following key aspects:

- Market entry: is it possible to start a business during martial law?
- Banking system and cross-border payments

- Purchase and lease of real estate
- Charity and NGO's activity
- Tax reliefs related to the imposition of martial law

Registration is possible **until 28th June 2022**. Please note, that the format will be held in English without translation. For more information: Stefan Kaegebein, S.Kaegebein@oa-ev.de

**1. Juli: Neues aus Usbekistans Wirtschafts- und Infrastrukturentwicklung.
Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Taschkent, Dr. Tilo Klinner, 11-12:30 Uhr**

Ort: Ost-Ausschuss, Gertraudenstr. 20, 10178 Berlin, und via Teams

Usbekistan ist in den letzten Monaten deutlich stärker ins Blickfeld der deutschen Wirtschaft gekommen. Das liegt im Wesentlichen an den sichtbaren Ergebnissen der Wirtschaftsreformen der neuen Regierung, aber auch an den Verschiebungen in der Region infolge des Krieges Russlands gegen die Ukraine.

In einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Taschkent, Dr. Tilo Klinner, wollen wir die Entwicklungen des Landes in Wirtschaft und insbesondere Verkehrsinfrastruktur vorstellen.

Das Gespräch findet im hybriden Format im Vorfeld der [OA-Unternehmerdelegationsreise nach Usbekistan \(5.-6.7.\)](#) statt.

Bitte melden Sie sich bis zum **28. Juni 2022** bei Interesse an einer Teilnahme bei Eduard Kinsbruner, E.Kinsbruner@oa-ev.de

4. Juli: Sitzung des Arbeitskreises Energie und Nachhaltigkeit und des Länderarbeitskreises Mittelosteuropa im Ost-Ausschuss, 13:00 – 14:30 Uhr

Thematischer Schwerpunkt der Sitzung ist „Poland - Plans, challenges and cooperation in accelerating the transition to RES“

In der Sitzung wird Adam Guibourgé-Czetwertyński, Vize-Minister für Klima und Umwelt der Republik Polen, die Herausforderungen und Pläne infolge des REPowerEU-Programms und des IEA-10-Punkte-Plans in Polen vorstellen und Fragen von Unternehmen beantworten. Mit den Teilnehmern wollen wir die Bedeutung von REPowerEU für die Kooperation im Energiebereich und speziell bei Erneuerbaren Energiequellen zwischen unseren Ländern diskutieren.

Die Arbeitssprache der Sitzung ist Englisch.

Bei Interesse an einer Teilnahme melden Sie sich bitte bis zum 29. Juni bei Adrian Stadnicki, a.stadnicki@oa-ev.de

5. bis 6. Juli: Delegationsreise nach Usbekistan

Vom 5. bis 6. Juli 2022 organisiert der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft gemeinsam mit dem Deutsch-Usbekischen Wirtschaftsrat **eine Delegationsreise unter der Leitung des Vorstandsmitglieds und Sprecher des Länderkreises Zentralasien im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie Co-Vorsitzenden des Deutsch-Usbekischen Wirtschaftsrates Manfred Grundke nach Taschkent.**

Für Fragen zur Reise wenden Sie sich im Ost-Ausschuss bitte an Eduard Kinsbruner, E.Kinsbruner@oe-ev.de

5. bis 7. Juli: Deutsch-Kosovarische Wirtschaftsforum in Prishtina

Die Deutsch-Kosovarische Wirtschaftsvereinigung (KDWW) organisiert gemeinsam mit dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vom 5. bis 7. Juli 2022 das Deutsch-Kosovarische Wirtschaftsforum in Prishtina, zu dem wir Sie herzlich einladen.

Wir freuen uns, dass wir den Premierminister der Republik Kosovo Albin Kurti sowie den deutschen Botschafter Jörn Rohde als Sprecher gewinnen konnten. Mit diesem Forum wollen wir Ihnen die Möglichkeit bieten, in Fachvorträgen sowie zahlreichen Netzwerkmöglichkeiten mit kosovarischen und deutschen Unternehmern, Institutionsvertretern und Politikern mehr über den kosovarischen Markt mit seinen Investitions- und Kooperationsmöglichkeiten zu erfahren. Besonderen Schwerpunkt werden wir auf die folgenden Themen setzen:

- ICT, Business Process Outsourcing und kreative Industrie
- Nearshoring (Einkauf, Investition, Kooperation)
- erneuerbare Energie.

Darüber hinaus erwarten Sie unter anderem zwei Abendveranstaltungen mit Gelegenheit, Ihr Netzwerk mit Vertretern aus Unternehmen und Institutionen zu erweitern. Unternehmensbesichtigungen sowie Stadtführungen in Prishtina und Prizren ergänzen das Programm.

Weitere Informationen erhalten Sie bei: Anja Quiring: A.Quiring@oa-ev.de

6. Juli: Präsentation der neuen wiiw-Konjunkturprognose für Osteuropa: Welche Folgen hat der Ukraine-Krieg?, 10:00 Uhr

Online via Demio

wiiw-Direktor [Mario Holzner](#) präsentiert mit Ukraine-Expertin [Olga Pindyuk](#) die neue wiiw-Konjunkturprognose 2022-2024 für [23 Länder](#) in Mittel-, Ost-, und Südosteuropa.

Im Fokus stehen dabei folgende Fragen:

- Wie stark wird der dauerhafte Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise sein?
- Könnte es zu einer Energieknappheit im Winter und einer globalen Nahrungsmittelkrise kommen?
- Welche Länder der Region trifft die hohe Inflation am stärksten?
- Wie sehr treffen die Lieferketten-Probleme und der Rückgang der Auslandsnachfrage die Industrie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa?
- Wird der Dienstleistungssektor von den Lockerungen der COVID-19-Beschränkungen profitieren?
- Werden die global steigenden Zinsen in der Region zu einer Straffung der Geldpolitik und einer restriktiveren Kreditvergabe führen?
- Wie sehr wird Österreichs Wirtschaft von den Corona-Wiederaufbauprogrammen in der Region profitieren?
- Könnte es zu einer Blockade der Ölexporte Kasachstans nach Österreich kommen?

*Die Präsentation erfolgt auf Deutsch in Form eines Webinars via Demio. Teilnehmer*innen werden die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen.*

Für den Teilnahme-Link registrieren Sie sich bitte hier:

[Online-Pressekonferenz - Sommerprognose Osteuropa - Demio](#)

Rückfragehinweis:

[Andreas Knapp](#), Communications Manager, Tel. +43 680 13 42 785, knapp@wiiw.ac.at

20. Juli: Online-Update von EulerHermes zu „Deckungspraxis Russland, Belarus und Ukraine“ von 8:30 – 9:30 Uhr

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die Bundesregierung am 24.2.2022 die Übernahme von Exportkreditgarantien (Hermesdeckungen), Garantien für Ungebundene Finanzkredite und Investitionsgarantien des Bundes für Russland und Belarus bis auf Weiteres ausgesetzt. Am 26.2.2022 ist zudem ein EU-weites Verbot von Exportkredit- und Investitionsgarantien für Russland in Kraft getreten. Es werden für Russland und Belarus keine Anträge auf Übernahme von staatlichen Garantien bearbeitet. Bereits bestehende Exportkredit- und Investitionsgarantien sichern Exporteure, finanzierende Banken und Investoren weiterhin gegen Zahlungsausfälle und politische Risiken in diese Länder ab.

Hier finden Sie die [Übersicht](#) der EH-Veranstaltungen.

3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 17. Juni)

EU-Gipfel in Brüssel erklärt Ukraine und Moldau zu Beitrittskandidaten – OA-Statement

Auf dem gerade zu Ende gegangenen Gipfel in Brüssel haben die EU-Mitgliedsstaaten der Ukraine und Moldau einen Beitrittskandidatenstatus zuerkannt, und Georgien und Bosnien-Herzegowina diesen zumindest in Aussicht gestellt, sollten hier weitere Anstrengungen folgen. Vor allem der Umgang mit den Staaten des Westlichen Balkans sorgte für Diskussionen. Diese sehen sich gegenüber der Ukraine ungleich behandelt. Weiter verfolgt wird die französische Idee, in Ergänzung zur EU eine „politische Union“ der europäischen Staaten zu bilden, die auch die Nicht-EU-Länder in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik einbezieht.

Die Stellvertretende Ost-Ausschuss-Vorsitzende Cathrina Claas-Mühlhäuser kommentierte die Gipfelergebnisse folgendermaßen:

„Mit der Eröffnung einer Beitrittsperspektive für die Ukraine und Moldau hat die EU einen historischen Schritt gewagt und damit ein Signal der Solidarität und Geschlossenheit für die vom Krieg hart getroffene Region gesendet. Die bisherige EU-Osterweiterung hat gezeigt, dass eine realistische europäische Perspektive mit klaren Bedingungen ein Motor für Reformen und eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in den Bewerberländern ist.

Es darf allerdings keine Beitrittsanwärter erster und zweiter Klasse geben. Eine Beitrittsperspektive ist kein Beitrittsautomatismus. Die vollständige Umsetzung der EU-Spielregeln, insbesondere Rechtssicherheit und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen, ist eine grundlegende Voraussetzung für das Engagement in- und ausländischer Unternehmen in den Bewerberländern. Hier dürfen keine Abstriche gemacht werden.

Umgekehrt gilt: Wer seine Chancen nutzt und die notwendigen Beitrittsvoraussetzungen schneller erfüllt, muss auch entsprechend belohnt werden. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien und die Visafreiheit für Kosovo sind überfällig. Es ist in diesem Zusammenhang höchst bedauerlich, dass es für die Länder des Westlichen Balkans keine neuen Nachrichten gibt.“

[„Signal der Solidarität und Geschlossenheit“ | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

dpa:

Ukraine und Moldau sind EU-Kandidaten - weitere könnten folgen

Die von Russland angegriffene Ukraine und das kleinere Nachbarland Moldau sind offiziell EU-Beitrittskandidaten. Das beschlossen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die anderen 26 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am Donnerstag beim EU-Gipfel in

Brüssel. Bosnien-Herzegowina und Georgien könnten demnächst folgen, sobald sie bestimmte Reformen erfüllen.

Ratspräsident Charles Michel und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sprachen von einem "historischen Moment". Selenskyj wurde nach der Entscheidung live zum Gipfel zugeschaltet. "Die Zukunft der Ukraine liegt in der EU", schrieb er auf Twitter.

Macron: „Politische Geste“

Der französische Präsident Emmanuel Macron sprach von einer „politischen Geste“. Kanzler Scholz schrieb auf Twitter: „27 Mal Ja!“ Er ergänzte: „Auf gute Zusammenarbeit in der europäischen Familie!“

Insgesamt kandidieren nun sieben Länder für die EU-Mitgliedschaft. Neben der Ukraine und Moldau sind das Montenegro, Nordmazedonien, Albanien, Serbien und die Türkei. Im Fall Türkei liegen die Verhandlungen allerdings auf Eis. Potenzieller Beitrittskandidat ist neben Bosnien und Georgien auch noch das Kosovo. Den Balkanländern wurde der EU-Beitritt schon vor 19 Jahren in Aussicht gestellt. Die Türkei ist am längsten Beitrittskandidat: knapp 23 Jahre.

Von der Leyen nannte die Entscheidung von Donnerstag ein Zeichen der Hoffnung für die Ukraine, Moldau und Georgien. "Heute ist ein guter Tag für Europa", sagte sie. "Ich bin überzeugt, dass unsere Entscheidung, die wir heute getroffen haben, uns alle stärkt."

Keine Garantie für zügige Aufnahme

Mit der einstimmigen Entscheidung der 27 Mitgliedstaaten erkennt die EU die Anstrengungen der Staaten um eine Beitrittsperspektive an und will ihnen Mut machen, den Weg entschlossen fortzuführen. Vor allem Selenskyj hatte angesichts des russischen Kriegs gegen sein Land zuletzt immer wieder eine solche Botschaft der EU eingefordert - auch um den mehr als 40 Millionen Bürgern seines Landes zu zeigen, dass sich der Kampf für Freiheit und Demokratie lohne.

Nach einer Empfehlung der EU-Kommission sollen EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau erst dann beginnen, wenn diese weitere Reformauflagen erfüllt haben. Dabei geht es etwa um Justizreformen und eine stärkere Korruptionsbekämpfung. Der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal kündigte an: "Wir sind voller Energie, um den Weg zur Mitgliedschaft so schnell wie möglich zu gehen."

Balkan-Staaten frustriert - Aber Hoffnung für Bosnien Herzegowina

Zunehmend frustriert sind die ebenfalls auf einen EU-Beitritt hoffenden Westbalkanstaaten. Das EU-Land Bulgarien blockiert seit mehr als einem Jahr die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Nordmazedonien und Albanien, weil sich Nordmazedonien weigert, auf Forderungen zu den Themen Minderheiten, Geschichtsschreibung und Sprache einzugehen. Versuche, die Blockade rechtzeitig vor einem am Rande des EU-Gipfels organisierten Westbalkan-Treffen zu lösen, scheiterten.

Bosnien-Herzegowina kann aber hoffen, bald in den Kreis der Beitrittskandidaten aufgenommen zu werden. Nach Angaben von EU-Ratspräsident Charles Michel soll die EU-Kommission zügig einen neuen Bericht zu den Reformanstrengungen des Landes vorlegen. Die EU-Staaten wären dann bereit, eine Entscheidung über den Beitrittskandidatenstatus für das rund 3,3 Millionen Einwohner zählende Bosnien-Herzegowina zu treffen, erklärte der Belgier am Rande des EU-Gipfels in Brüssel.

Insbesondere Österreich hatte zuvor darauf gedrungen, auch Bosnien-Herzegowina offiziell zu einem Kandidaten für den EU-Beitritt zu machen. "Der Paradigmenwechsel war, dass Bosnien wieder in den Fokus zurückgekommen ist", betonte Nehammer nach dem Gipfel. "Wir dürfen den Balkan nicht vergessen. Es ist wichtig, sich um Bosnien-Herzegowina zu kümmern."

Explodierende Energiepreise Thema zum Abschluss des Gipfels

Das Treffen in Brüssel geht am Freitag mit einem Euro-Gipfel zu Ende, bei dem es unter anderem um die hohe Inflation und die explodierten Energiepreise gehen wird. Das Thema treibt die Staats- und Regierungschefs auch deshalb stark um, weil die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar davon betroffen sind. Auch die Möglichkeit eines Preisdeckels für Gas, für den sich unter anderem Italien einsetzt, dürfte wieder aufkommen. Zudem soll darüber beraten werden, wie mit den Ergebnissen des einjährigen Bürgerdialogs zur Zukunft der EU umgegangen wird.

Deutschlandfunk:

Worum es in dem Streit um die Versorgung der russischen Exklave Kaliningrad geht

Russland wirft Litauen wegen der Einschränkungen des Transits in die Exklave Kaliningrad Feindseligkeit vor. Das Außenministerium drohte mit Konsequenzen und will den EU-Botschafter einbestellen. Die litauische Regierung argumentiert, sie setze EU-Sanktionen um. Wir beantworten wichtige Fragen zu dem Streit.

Um welche Vorwürfe geht es?

Der Kreml hat Litauens Beschränkungen des Bahntransits zwischen der zu Russland gehörenden Ostsee-Exklave Kaliningrad und dem russischen Kernland kritisiert. „Diese Entscheidung ist wirklich beispiellos und stellt eine Verletzung von allem dar“, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow nach Angaben der russischen Agentur Interfax. Das Vorgehen Litauens verstoße gegen ein Abkommen zwischen Russland und der EU aus dem Jahr 2002.

Das russische Außenministerium warf Litauen „offen feindselige“ Beschränkungen des Frachtverkehrs nach Kaliningrad im Zuge der EU-Sanktionen vor. Sollte der Transit zwischen Kaliningrad und dem Rest Russlands über litauisches Gebiet nicht rasch vollständig wiederhergestellt werden, behalte sich Russland „das Recht auf Handlungen zum Schutz seiner nationalen Interessen vor“, teilte das Ministerium mit. Dem Ministerium zufolge

wurde der litauische Geschäftsträger in Moskau einbestellt, um gegen die Maßnahmen zu protestieren.

Wie reagiert Litauen auf die Anschuldigungen?

Litauen hatte den Bahntransit von Waren, die auf westlichen Sanktionslisten stehen, über sein Territorium nach Kaliningrad verboten. Dies betreffe 40 bis 50 Prozent aller Transitgüter, wie Baumaterialien und Metalle. Litauens Außenminister Gabrielius Landsbergis sagte am Rande von Beratungen der EU-Außenminister in Luxemburg, die Maßnahmen stünden im Einklang mit den von der EU wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine verhängten Sanktionen. „Es ist nicht Litauen, das etwas tut – es sind die europäischen Sanktionen, die am 17. Juni in Kraft getreten sind“, so Landsbergis.

Auch der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell bekräftigte, es handle sich nicht um eine Blockade Kaliningrads, sondern lediglich um das Transportverbot für bestimmte Arten von Waren. „Der Transit auf dem Landweg zwischen Russland ist nicht gestoppt oder verboten worden“, betonte er.

Welche Bedeutung hat Kaliningrad für Russland?

Die Exklave Kaliningrad – das frühere ostpreußische Königsberg – liegt an der Ostsee zwischen Litauen und Polen und hat keine direkte Landverbindung nach Russland. Das Territorium mit etwa 430.000 Menschen ist für Russland von großer strategischer und militärischer Bedeutung. Die Hafenstadt ist Heimat der russischen Ostseeflotte. Auch hat Russland nach eigenen Angaben in der Exklave atomwaffenfähige Iskander-Raketen stationiert.

Welche Bedeutung hat Kaliningrad für den Westen?

Der Konflikt um die russische Exklave Kaliningrad rückt laut der Neuen Zürcher Zeitung auch die sogenannte Suwalki-Lücke wieder in den Fokus. Dabei handelt es sich um die polnisch-litauische Grenze, die etwa 100 Kilometer lang ist und die das Kaliningrader Gebiet von Belarus – und damit von russischem Einflussgebiet trennt. Der Streifen, der den Namen von der nahe gelegenen polnischen Provinzstadt Suwalki hat, ist die Achillesferse der NATO für die Verteidigung des Baltikums.

Die drei Länder Estland, Lettland und Litauen fürchten schon seit langem die Invasion russischer Truppen und warnen davor, dass Putins Russland entsprechende geopolitische Vorhaben verfolgen wird. Die Solidarität mit der angegriffenen Ukraine ist im Baltikum daher besonders groß.

[Iswestija:](#)

Peskow sagt, die Russische Föderation sei in der Kaliningrader Situation entschlossen

Russland teilt seinen Standpunkt zur Kaliningrader Transitblockade über das Außenministerium mit und besteht darauf, dass er richtig ist. Dies erklärte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Freitag, den 24. Juni.

„Es gibt keinen Grund zur Eile, aber gleichzeitig sind wir natürlich entschlossen genug. Wir brauchen etwas Zeit, bevor Entscheidungen getroffen werden“, sagte er in einem Gespräch mit TASS.

Laut dem Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation geht es nicht mehr um den Dialog mit Partnern, sondern um Verhandlungen mit Gegnern.

Auf die Frage, ob Moskau Vergeltungsmaßnahmen ergreifen werde, erklärte er, dass zunächst alle an den Ereignissen Beteiligten die Situation gründlich analysieren müssten. Die Legitimität der russischen Forderungen liegt jedoch auf der Hand, und die Behörden beabsichtigen, sich um die Aufhebung der Transportbeschränkungen durch Litauen zu bemühen, auch wenn sich das Verfahren als schwierig erweist.

„Wir wollen nichts ausschließen. Hoffen wir das Beste, aber bereiten wir uns auf das Schlimmste vor. Das tun wir immer“, so Peskow abschließend.

Am Vorabend erklärte der erste stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Staatsduma, Alexej Tschepa, dass eine Blockade des Seeverkehrs zwischen Russland und dem Kaliningrader Gebiet unrealistisch sei, unabhängig davon, was die Europäische Union (EU) tue. Er warnte auch vor den möglichen Folgen für Litauen. Insbesondere Probleme mit dem Zugang zu bestimmten Waren oder territorialen Ansprüchen Russlands.

Zuvor hatte der Leiter der europäischen Diplomatie, Josep Borrell, erklärt, die Europäische Union sei nicht daran interessiert, die Seehandelswege zwischen Kaliningrad und Russland zu blockieren, sondern wolle lediglich verhindern, dass die Sanktionen umgangen werden.

Süddeutsche Zeitung

EU-Staaten wollen weitere Sanktionen gegen Russland beschließen

Einem Dokument zufolge planen die EU-Staaten weitere Sanktionen gegen Russland und haben dabei offenbar auch erstmals Gold im Blick. "Wir werden weitermachen mit Sanktionen", heißt es im jüngsten Entwurf für die Abschlusserklärung des EU-Gipfels am Donnerstag und Freitag.

Vor allem die nord- und osteuropäischen Staaten angeführt von Schweden und Polen hatten gefordert, die EU-Kommission mit der Arbeit an einem weiteren Sanktionspaket gegen Russland zu beauftragen. Deutschland und die Niederlande traten dagegen dafür ein, zunächst die bestehenden Sanktionen lückenlos umzusetzen. Der jetzt vorliegende Text ist ein Kompromiss zwischen beiden Positionen, da zwar von Sanktionen, nicht aber konkret von einem siebten Paket die Rede ist. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die

Ukraine hat die EU bereits sechs Sanktionspakete auf den Weg gebracht. Im jüngsten enthalten ist auch ein weitgehender Import-Stopp von Öl.

Nach Angaben von EU-Vertretern wird bereits daran gearbeitet, weitere Sektoren zu sichten, die sanktioniert werden könnten. **Ein mögliches Ziel ist demnach auch Gold.** Das schlägt Dänemark vor, teilt ein Sprecher des Botschafters bei der EU mit. Nach Angaben aus EU-Kreisen ist aber noch nicht klar, ob damit Goldexporte nach Russland, Importe aus Russland oder beides gemeint sind. Gold ist ein wichtiger Vermögenswert für die russische Zentralbank. Nach bereits bestehenden Sanktionen ist der Zugriff der Notenbank auf ihre Vermögenswerte im Ausland bereits eingeschränkt.

EU verlängert Sanktionen wegen der illegalen Annexion der Krim und Sewastopols durch Russland um ein Jahr

Am 20. Juni beschloss der Rat, die von der EU als Reaktion auf die illegale Annexion der Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation eingeführten Sanktionen bis zum 23. Juni 2023 zu verlängern. Diese Maßnahmen, die erstmals im Juni 2014 eingeführt wurden, umfassen Verbote für die Einfuhr von Produkten mit Ursprung auf der illegal annektierten Krim oder Sewastopol in die EU sowie für Infrastruktur- oder Finanzinvestitionen und touristische Dienstleistungen von der illegal annektierten Krim oder Sewastopol. Darüber hinaus unterliegen auch die Ausfuhren bestimmter Güter und Technologien an Unternehmen auf der Krim oder zur Verwendung auf der illegal annektierten Krim im Verkehrs-, Telekommunikations- und Energiesektor oder für die Prospektion, Exploration und Produktion von Erdöl, Gas und Bodenschätzen den EU-Beschränkungen. Weitere Informationen finden Sie hier.

[Crimea and the city of Sevastopol: EU extends sanctions over Russia's illegal annexation by one year - Consilium \(europa.eu\)](https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2023/06/20-23-june-2023-1)

Treffen der Europäischen Kommission über die Umsetzung und Durchsetzung von Sanktionen

Am 17. Juni veranstaltete die Europäische Kommission unter Beteiligung der GD TRADE, der GD GROW, der GD FISMA und der GD TAXUD ein Treffen zur Umsetzung und Durchsetzung der Sanktionen, die als Reaktion auf die russische Aggression gegen die Ukraine beschlossen wurden. BusinessEurope warf die folgenden Fragen auf:

- Die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung mit den USA, dem Vereinigten Königreich und anderen Partnern bei Maßnahmen in Bezug auf Dienstleistungen
- Klärung des Status von Cloud-Diensten und Seeverversicherungen
- Unterstützung von Unternehmen, die den russischen Markt verlassen möchten, um durch EU-Maßnahmen verursachte „Catch 22“-Situationen zu vermeiden

- Bereitstellung zusätzlicher Leitlinien für Transport und Logistik - insbesondere für Waren im Rahmen des humanitären Handels - und Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit der Bezahlung rechtmäßiger Transaktionen
- Unterstützung der Arbeit an Abhilfemaßnahmen zur Förderung der Diversifizierung und Nutzung aller der EU zur Verfügung stehenden Instrumente, einschließlich der Handelspolitik

Die Auswirkungen der EU-Sanktionen

Die Europäische Kommission, GD FISMA, hat ebenfalls einen Artikel über die Auswirkungen der EU-Sanktionen auf Russland und die EU veröffentlicht:

- Auswirkungen auf Russland: Die finanziellen Maßnahmen der EU hatten tiefgreifende Auswirkungen auf die russische Wirtschaft und die Finanzmärkte, auch wenn es der russischen Zentralbank (CBR) und anderen russischen Behörden gelungen ist, die Auswirkungen vorübergehend abzumildern.
- Auswirkungen auf die EU: Die Auswirkungen der Sanktionen auf die EU-Wirtschaft lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer beziffern, aber es ist klar, dass sie erheblich sein werden. Sie machen sich über eine Reihe von Kanälen bemerkbar, darunter das Vertrauen und die Rohstoffpreise.

Sechstes EU-Sanktionspaket

[Q&A: 6th package of sanctions against Russia \(europa.eu\)](#)

[EUR-Lex - 32022D0884 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

[EUR-Lex - 32022R0879 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

Liste der EU-Personensanktionen

[EU-Sanktionen: Kommission veröffentlicht Liste mit Einreiseverboten \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)

FAQ der Europäischen Kommission zu Sanktionen

Die Europäische Kommission hat folgende FAQs zu den Russland-Sanktionen veröffentlicht:

- [State-owned enterprises](#) and [central securities depositories](#) (16. Juni)
- [Imports and purchase of goods](#) and [sale of securities](#) (14. Juni)
- [Execution of prior contracts](#) (13. Juni)
- [state-owned enterprises](#) (8. Juni)
- [public procurement](#) (2. Juni)
- [aviation](#) (2. Juni)
- [credit rating](#) (1. Juni)
- [deposits](#) (1. Juni)
- [insurance and reinsurance](#) (1. Juni)
- [customs-related matters](#) (1. Juni)
- [circumvention and due diligence](#) (31. Mai)
- [deposits](#) (23.Mai)
- [public procurement](#) (23.Mai)
- [access to EU ports](#) (23.Mai)
- [sale of securities](#) (23.Mai)
- [circumvention and due diligence](#) (19.Mai)
- [assets freeze](#) (19.Mai)
- [central securities depositories](#) (17.Mai)
- [trading](#) (13. Mai)
- [state-owned enterprises](#) (11.Mai)
- [customs](#) (5. Mai)
- [trading](#) (4.Mai)
- [assets freeze and prohibition to make funds and economic resources available](#) (4. Mai)
- [insurance and reinsurance](#) (3. Mai)
- [sale of securities in an official Member State currency](#) (3. Mai)
- [deposits](#) (3. Mai)
- [luxury goods](#) (2. Mai)
- [humanitarian aid](#) (2. Mai)
- [credit rating](#) (28. April)
- [access to EU ports](#) (27. April)
- [central securities depositories](#) (26. April)
- [export restrictions on maritime navigation goods and technology](#) (26. April)
- [intellectual property rights](#) (26. April)
- [customs related matters](#) (25. April)
- [Russian energy sector](#) (22. April)

Alle Entwicklungen in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Die EU-Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](#)

4. Russland-Gegensanktionen

Gesetz gegen Sanktionsumsetzung hängt fest

Wie die Nachrichtenagentur Tass berichtet, gibt es weitere Verzögerungen beim geplanten Gesetz zur Bestrafung von Personen und Institutionen, die westliche Sanktionen in Russland umsetzen. Die Duma wird sich demnach vor der Sommerpause nicht mehr mit einem Gesetzentwurf über Sanktionen befassen, weil die Widerstände aus der Wirtschaft zu groß seien. Der Gesetzentwurf sieht Strafen von bis zu zehn Jahren Gefängnis für die Befolgung antirussischer Sanktionen in Russland vor. Das Thema werde weiterhin intensiv mit dem Wirtschaftsblock der Regierung diskutiert, sagte laut Tass Pavel Krasheninnikov, Leiter des Duma-Ausschusses für Staatsaufbau und Gesetzgebung.

„Der Grund [für die Verschiebung] ist einfach - wir haben eine große Diskussion mit dem Wirtschaftsblock der Regierung, die Wirtschaft ist stark dagegen. In dieser Situation können wir sie nicht verabschieden, obwohl die Regierung der Meinung ist, dass wir es können. Deshalb bremsen wir vorerst, wir werden uns in dieser Sitzung nicht damit befassen“, erklärte er gegenüber Reportern.

Der Staatliche Bau- und Gesetzgebungsausschuss der Staatsduma hatte zuvor empfohlen, den Gesetzentwurf am 8. Juni in erster Lesung zu behandeln, doch dazu kam es bislang nicht. Der Gesetzentwurf wurde von Abgeordneten und Senatoren von „Einiges Russland“ ausgearbeitet und der Staatsduma vorgelegt. Vorgeschlagen werden Änderungen an Teil 2, Artikel 201 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation („Amtsmissbrauch mit schwerwiegenden Folgen“), der die Verantwortlichkeit für eine solche Straftat vorsieht, wenn sie schwerwiegende Folgen nach sich zieht. Es wird vorgeschlagen, den Artikel durch einen neuen erschwerenden Umstand zu ergänzen – „Umsetzung einer Entscheidung eines ausländischen Staates, eines Zusammenschlusses ausländischer Staaten oder einer internationalen Organisation, die restriktive Maßnahmen gegen die Russische Föderation verhängt“.

Die Vollstreckung ausländischer Sanktionen gegen die Russische Föderation auf russischem Hoheitsgebiet soll mit einer Geldstrafe von bis zu 1 Million Rubel oder in Höhe des Lohns oder anderer Einkünfte des Verurteilten für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren bestraft werden. Die Straftat könne auch zu einer Zwangsarbeit von bis zu fünf Jahren und einem möglichen Entzug des Rechts, bestimmte Tätigkeiten auszuüben, von bis zu drei Jahren führen. Darüber hinaus soll eine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von bis zu 10 Jahren möglich werden, die mit einem bis zu dreijährigen Verbot der Ausübung bestimmter Positionen oder Tätigkeiten verbunden ist.

[Iswestija](#)

Staatsduma verabschiedet Gesetz zur Legalisierung von Parallelimporten

Die Staatsduma hat am 21. Juni in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz zur Legalisierung von Parallelimporten verabschiedet. Das föderale Gesetz legt fest, dass die Nutzung eines ausschließlichen Rechts an den Ergebnissen geistiger Tätigkeiten, die in Waren und Individualisierungsmitteln zum Ausdruck kommen, mit denen solche Waren gekennzeichnet sind, keine Verletzung darstellt.

So sind Unternehmen, die Waren aus dem Ausland importieren, ohne die Erlaubnis des Rechteinhabers zu haben, von der Haftung befreit.

Zwangsverwaltungsgesetz verzögert sich offenbar weiter

Wir haben bereits über den Gesetzesentwurf zur externen Verwaltung berichtet, der der Duma vorgelegt wurde und die Bedingungen und den Mechanismus für die Einführung einer externen Verwaltung in russischen Unterabteilungen ausländischer Unternehmen, die Russland verlassen haben, festlegt. Soweit uns bekannt ist, wurde die Verabschiedung dieses Gesetzesentwurfs verschoben. Wie die Association of European Business (AEB) in Russland freundlicherweise mitteilt: „Die Staatsduma wird den Gesetzesentwurf über die externe Verwaltung von Unternehmen nicht mehr im ersten Halbjahr verabschieden. Das berichteten eine Quelle aus der Verwaltung der unteren Parlamentskammer und eine regierungsnahen Quelle gegenüber Wedomosti. Die letzte Plenarsitzung der Staatsduma im ersten Halbjahr ist für den 6. Juli angesetzt. Eine regierungsnahen Quelle sagte, es werde jetzt eine Diskussion geführt, um das Gesetz zu überarbeiten ... In der aktuellen Version des Gesetzes sehen die Unternehmen eine Reihe von Missbrauchsrisiken sowie Gefahren für das Geschäftsklima.“

[Законопроект о внешнем управлении не примут в весеннюю сессию - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

Weitere Meldungen zu Russland:

[Iswestija](#)

Finanzministerium klärt Grundsätze für die Eröffnung von Konten für Zahlungen auf russische Staatsschulden

Das russische Finanzministerium hat klargestellt, wie Bankkonten des Typs I zu eröffnen und zu führen sind, um Zahlungen für russische Auslandsschulden in Fremdwährung entgegenzunehmen. Dies geht aus dem Erlass über das vorläufige Verfahren zur Erfüllung von Verpflichtungen aus der Staatsverschuldung des Landes hervor.

Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnete den entsprechenden Erlass am 11. Juni. Die Maßnahme ermöglicht unter anderem die vorübergehende Begleichung der Staatsschulden in Rubel. Sie gelten als „ordnungsgemäß vollstreckt“, unabhängig von der Position derjenigen, denen sie geschuldet werden.

Gebietsfremde der Russischen Föderation eröffnen spezielle Konten des Typs Rubel I bei zugelassenen russischen Banken, um auf russischem Staatsgebiet Investitionen zu tätigen.

dpa:

Russland zahlt fällige Schuldzinsen in Rubel

Russland ist gewillt, seine Schuldzinsen zu zahlen. Dies geschieht bei Auslandsschulden in der Regel in US-Dollar oder Euro - aber nicht in Rubel. Fachleute halten das nicht für zulässig.

Russland zahlt trotz des angespannten Verhältnisses mit dem Westen weiter fällige Zinsen auf Staatsanleihen - allerdings nicht in Dollar oder Euro, sondern in Rubel. Am Donnerstag seien die Zinsen auf zwei in den Jahren 2027 und 2047 fällige Anleihen (Eurobonds) gezahlt worden, teilte das Finanzministerium in Moskau mit. Die Zinsen in Höhe von umgerechnet 235 Millionen US-Dollar seien an die russische Zahlungsstelle NSD gesendet worden, hieß es. Damit sei die Zahlung erfüllt, erklärte das Ministerium.

Das Problem ist jedoch, dass die Zahlungen von dort aus kaum an westliche Zahlungsstellen und damit letztlich an die westlichen Gläubiger weitergeleitet werden können, da das NSD unter die Finanzsanktionen des Westens wegen des Ukraine-Kriegs fällt.

Russland hat daher ein neues Verfahren eingerichtet, bei dem die Gläubiger dem NSD das Eigentum an den Anleihen nachweisen müssen. Danach sollen die Zinsen weitergeleitet werden können. Ob das Verfahren funktioniert, ist aufgrund der westlichen Sanktionen allerdings unklar.

Fraglich ist derzeit auch, wann von einem Zahlungsausfall mit möglicherweise weitergehenden Konsequenzen in Richtung einer Staatspleite gesprochen werden kann. Denn während Russland seine Schulden bedienen will und dies angesichts vorhandener Reserven auch könnte, stehen dem die Finanzsanktionen des Westens entgegen.

Strittig ist auch die Zahlung in der russischen Landeswährung Rubel. Eigentlich sind Zinszahlungen bei Auslandsschulden in der Regel in US-Dollar oder Euro vorgesehen. Da Russland sanktionsbedingt aber keinen Zugriff mehr auf seine im Westen lagernden Devisenreserven hat, soll fortan in der russischen Währung gezahlt werden. Staatspräsident Wladimir Putin hatte am Mittwoch ein entsprechendes Dekret unterzeichnet.

Besonders im Blick stehen Zinszahlungen am Wochenende. Diese beziehen sich auf Anleihen, für die eine 30-Tage-Periode abläuft, innerhalb derer Russland säumige Zinszahlungen noch leisten kann, ohne einen Zahlungsausfall auszulösen. Fraglich ist, was passiert, wenn Russland die Zinsen nicht oder in Rubel zahlt. Fachleute halten eine Zahlung

in Rubel für nicht zulässig, soweit dies nicht in den konkreten Bedingungen der begebenen Anleihen als Möglichkeit vermerkt ist.

Parallelimporte laufen an

Russische Einzelhändler haben mit der Einfuhr von Elektronik mit Hilfe sogenannter Parallelimporte begonnen. Die Rede ist von Samsung-Smartphones und -Uhren, den neuesten iPhones und den Spielkonsolen PlayStation, Xbox und Nintendo. Nach Angaben der Tageszeitung Kommersant werden die Geräte zehn bis 20 Prozent teurer sein als Güter, die vor Beginn des Ukraine-Konflikts importiert und verkauft worden sind. Die Einzelhändler gewähren eine Garantie auf die verkauften Produkte, wobei die Kosten für die Wartung an den Importeur weitergegeben werden. Auch die Kosten für die Rückerstattung fehlerhafter Geräte sollen vom Einzelhändler getragen werden.

[Гаджеты вышли на параллельную прямую – Газета Коммерсантъ № 110 \(7311\) от 23.06.2022 \(kommersant.ru\)](#)

Kudrin gegen WTO-Austritt Russlands

Die derzeitige Situation in der Welt hat die Grundprinzipien der russischen Wirtschaft nicht verändert, betont Alexej Kudrin, Ex-Finanzminister und Chef des russischen Rechnungshofs. Die russische Wirtschaft sei nach wie vor eine Marktwirtschaft, die zudem schnell auf Veränderungen reagieren könne, sagte Kudrin laut der Zeitung Kommersant. Auch deshalb sprach sich der 61-Jährige gegen einen Austritt Russlands aus der Welthandelsorganisation (WTO) aus. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Tass warnte Kudrin eindringlich vor den Folgen eines Ausscheidens. In diesem Falle würde Russland nicht mehr „unter dem Radar der internationalen Inspektionen sein“ und den Zugang zu den Weltmärkten verlieren. „Wenn wir mit allen Handel treiben wollen; wenn wir wollen, dass unsere Waren dorthin gelangen, müssen wir im internationalen Koordinatensystem bleiben“, so Kudrin.

[Кудрин: экономика России остается рыночной - Новости – Экономика – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](#)

Verstöße gegen Devisenvorschriften werden legalisiert

Die russische Regierung will Bürger und Unternehmen bis Ende des Jahres von der Haftung für Verstöße gegen die Devisenvorschriften befreien. Nach Angaben des russischen Mediums RBK soll die Befreiung für den Zeitraum 23. Februar bis 31. Dezember 2022 gelten und sowohl die Nichtabführung von Devisenerlösen als auch für den Kauf und Verkauf von Devisen unter Umgehung der Banken umfassen. Ein entsprechendes Gesetz könnte die Staatsduma noch vor der Sommerpause verabschieden, erklärte Vize-Finanzminister Alexej

Moissejew. Die Verabschiedung des Moratoriums würde nach Ansicht von Experten die Zahl der unfreiwilligen Verstöße deutlich verringern.

[Власти запланировали ввод моратория на валютные нарушения для бизнеса — РБК \(rbc.ru\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland und FAQ finden Sie auf dieser der Internetseite der AEB:

[News \(aebrus.ru\)](#)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar

5. Sanktionen der USA

[U.S. Gains in Push for Exception to EU Sanctions on Russian Oil - WSJ](#)

Die USA drängen auf eine Ausnahme von den EU-Sanktionen gegen russisches Öl

Ein Vorstoß der USA, eine der Sanktionen der Europäischen Union gegen russisches Öl abzuschwächen, hat in der 27 Mitglieder zählend begonnen, innerhalb des Blocks an Zugkraft zu gewinnen, wobei Beamte abwägen, ob sie Versicherern erlauben sollen, Lieferungen von russischem Öl zu versichern, wenn der Preis, für den das Öl verkauft wird, unter eine Obergrenze fällt.

Nach wochenlangen Auseinandersetzungen billigte die EU Anfang Juni ein Verbot der Versicherung von russischen Öllieferungen, das mit einem Einfuhrverbot für russisches Öl einhergeht, das noch in diesem Jahr in Kraft treten soll. Da viele russische Öllieferungen in der EU und im Vereinigten Königreich versichert sind, hat Finanzministerin Janet Yellen wiederholt ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Pläne der EU russisches Öl vom Weltmarkt verdrängen und die Preise weiter in die Höhe treiben könnten.

Während die USA und die EU ein Importverbot für russisches Öl verhängt haben, beziehen viele Entwicklungsländer sowie China und Indien weiterhin Öl aus diesem Land. Frau Yellen sagte, dass sie über eine Ausnahmeregelung für das Versicherungsverbot nachdenkt, um Lieferungen an Länder mit niedrigem Einkommen und Entwicklungsländer zu ermöglichen, die unter einen vom Westen festgelegten Preis fallen.

„Man könnte es als eine Ausnahme von diesem Verbot betrachten“, sagte Frau Yellen am Montag auf einer Pressekonferenz in Toronto und bestätigte damit einen Bericht des Wall Street Journal, wonach diese Idee in Erwägung gezogen wird. „Wir denken, dass eine Preisausnahme auch ein wichtiger Weg ist, um Spillover-Effekte für Länder mit niedrigem Einkommen und Entwicklungsländer zu verhindern, die mit hohen Lebensmittel- und Energiekosten zu kämpfen haben.“

Doch die Argumente von Frau Yellen und den USA, dass die Ölsanktionen die Energiepreise in die Höhe treiben - was wiederum Russland helfen könnte, genügend Einnahmen aus höheren Preisen zu erzielen, um die geringeren Verkaufsmengen auszugleichen - haben in einigen europäischen Hauptstädten, darunter London und Brüssel, zu einem Umdenken geführt, wie mit den Diskussionen vertraute Personen berichten. Dennoch bleibt die Skepsis darüber bestehen, wie ein wirksamer Mechanismus zur Durchsetzung einer Preisobergrenze geschaffen werden kann, so die Beamten.

Eine Gruppe von Beamten des Finanzministeriums reiste in den Tagen nach der Verabschiedung der Ölsanktionen durch die EU nach Europa, während Frau Yellen weiterhin öffentlich eine Preisobergrenze forderte. Sie hat versucht, Russlands Einnahmen aus dem Ölverkauf zu begrenzen und gleichzeitig einen weltweiten Preisanstieg zu verhindern.

Ein hochrangiger EU-Beamter sagte, der US-Vorschlag sei "attraktiv, wenn man sieht, was damit beabsichtigt ist", aber "es gibt viele Fragen, die erst geprüft werden müssen", wie eine Preisobergrenze funktionieren würde. Europäische Beamte erklärten, dass in den Gesprächen zwar eine Reihe von Ideen geäußert worden seien, es aber noch viel zu tun gebe, um einen funktionierenden Mechanismus zu finden.

Präsident Biden wird an diesem Wochenende nach Europa reisen, um sich mit den Staats- und Regierungschefs der Gruppe der sieben wohlhabenden Nationen zu treffen, zu der die EU, Großbritannien, die USA und Kanada gehören. In Europa geht man nicht davon aus, dass die westlichen Länder während des Gipfels eine Einigung über den Vorschlag erzielen werden.

Chrystia Freeland, die stellvertretende Premierministerin Kanadas, die sich mit Frau Yellen in Toronto traf, sagte, Kanada unterstütze die Einführung einer Preisobergrenze für russisches Öl. Sie sagte, die Europäer müssten diese akzeptieren, damit sie in Kraft treten könne. „Der Weg nach vorn besteht darin, mit unseren europäischen Partnern zu sprechen und anzuerkennen, wie wichtig sie für die Entscheidungsfindung sind“, sagte sie.

Ein besonderes Problem besteht nach Ansicht der Beamten darin, dass die Versicherer im Voraus entscheiden müssen, ob sie ein Tankschiff versichern, ohne zu wissen, ob das Schiff die westlichen Preisobergrenzen einhalten wird. Andere haben die Frage aufgeworfen, welcher Preis als Obergrenze festgelegt werden soll und wie sichergestellt werden kann, dass er die Einnahmen des Kremls verringert, ohne Russland vom Verkauf des Öls abzuhalten, was die Versorgungslage verschärfen würde. Nach Angaben eines Beamten des Finanzministeriums haben US-Beamte die Break-even-Kosten für russische Ölproduzenten sowie die Transportmethoden untersucht.

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Das Office of Financial Sanctions Implementation OFSI hat seine Leitlinien zu Vorschrift 29A der Russia (Sanctions) (EU Exit) Regulations 2019 aktualisiert, die die Erbringung von Versicherungs- und Rückversicherungsdienstleistungen im Zusammenhang mit Luft- und Raumfahrtgütern und -technologie 1) für eine mit Russland verbundene Person/Einrichtung oder 2) zur Verwendung in Russland verbietet.

Das OFSI hat folgendes klargestellt:

„Das Verbot gilt nicht, wenn die Versicherung zugunsten des nicht-russischen Eigentümers der Güter und nicht zugunsten ihres Nutzers oder Betreibers erfolgt. Es gilt auch nicht, wenn die Gegenstände entweder infolge der Beendigung eines Leasingvertrags und gegen den Willen des Leasinggebers in Russland verbleiben oder im Zuge der Rückgabe an den Eigentümer aus Russland ausgeflogen werden“.

[Russia sanctions: guidance - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/guidance/russia-sanctions-guidance)

Neuer Sanktionskatalog gegen Russland

Das Vereinigte Königreich hat die Russia (Sanctions) (EU Exit) (Amendment) (No. 10) Regulations 2022 verabschiedet.

Diese führen weitere Handelssanktionen ein, darunter Verbote für:

- die Ausfuhr von Gütern und Technologien nach Russland und in die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der Ukraine, die zur internen Repression oder zur Herstellung und Entwicklung chemischer und biologischer Waffen verwendet werden können, sowie die Erbringung damit verbundener Dienstleistungen;
- die Ausfuhr von maritimen Gütern und Technologien;
- die Ausfuhr von auf Pfund Sterling oder EU lautenden Banknoten nach Russland (oder zur Verwendung in Russland) oder die anderweitige Bereitstellung von Banknoten in Russland;
- die Bereitstellung, Lieferung oder Aushändigung von auf Pfund Sterling oder auf EU lautenden Banknoten an eine mit Russland verbundene Person;
- die Ausfuhr von Flugzeugtreibstoff und Treibstoffadditiven nach Russland (oder zur Verwendung in Russland) sowie die Erbringung damit verbundener Dienstleistungen;

- die Einfuhr, den Erwerb oder die Bereitstellung und Lieferung von ertragsbringenden Gütern, die ihren Ursprung in Russland haben oder von dort versandt werden, sowie die Erbringung damit verbundener Dienstleistungen; und
- die Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Einfuhr von Eisen und Stahl.

Die Verordnungen fügen den bestehenden Verboten in Bezug auf Erdölraffinerieprodukte und -technologie weitere Produkte hinzu und dehnen die bestehenden russischen Ausfuhr-/Transferverbote für Militärgüter und -technologie auf nicht von der Regierung kontrolliertes ukrainisches Gebiet aus.

[The Russia \(Sanctions\) \(EU Exit\) \(Amendment\) \(No. 10\) Regulations 2022 \(legislation.gov.uk\)](https://www.legislation.gov.uk/uk/2022/10/1/1)

Moldau

Kommersant

Moldawien wird EU-Sanktionen gegen Russland wegen Beitrittsstatus unterstützen

Der Status als EU-Beitrittskandidat verpflichtete die Republik Moldau, sich den neuen Sanktionen gegen Russland anzuschließen, sagte der Parlamentspräsident und Vorsitzende der Regierungspartei des Landes, Igor Grosu. Ihm zufolge möchte die Republik Moldau gute Beziehungen zu Russland unterhalten und mit Russland Handel treiben, aber nur unter Bedingungen des gegenseitigen Respekts. Es wird nicht angegeben, ob es sich um bereits bestehende oder neue Sanktionen handelt.

"Wir werden mit der EU solidarisch sein, unser Status und unsere europäischen Bestrebungen verpflichten uns zur Solidarität. Natürlich werden wir uns den neuen Sanktionen anschließen. Sie dienen dazu, militärische Aktionen zu verhindern. Wir wollen mit allen diplomatischen Mitteln dazu beitragen", sagte Herr Grosu in einer Sendung des Fernsehsenders Moldova-1.

Der EU-Gipfel beschloss am 23. Juni, der Republik Moldau und der Ukraine den Kandidatenstatus zu verleihen. Kurz zuvor hatte das moldauische Außenministerium erklärt, dass sich das Land aufgrund seiner schwachen Wirtschaft nicht an den Restriktionen gegen Russland beteiligen könne.

Im Rahmen mehrerer Sanktionspakete hat die EU die Guthaben der russischen Zentralbank blockiert und Beschränkungen für den Handel mit russischen Eisen- und Stahlwaren, für russische Schiffe, die in EU-Häfen einlaufen, und für in der EU tätige Transportunternehmen verhängt. Als Teil des sechsten Restriktionspakets verhängte die EU ein Teilembargo gegen russisches Öl und schloss die Sberbank, die Rosselkhozbank und die MKB von SWIFT aus.

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Rheinische Post

Rückzug aus Russland bringt SMS um Millionen

Trotzdem meldet der Anlagenbauer einen Zehn-Jahres-Rekord beim Auftragseingang. Für das laufende Jahr bleibt er vorsichtig. 2023 soll es eine deutliche Gewinnsteigerung für das Unternehmen geben.

Der Stopp seines Russland-Geschäfts nach dem russischen Angriff auf die Ukraine vor vier Monaten kostet den Anlagenbauer SMS etwa 650 Millionen Euro an Auftragsvolumen. Aufträge in dieser Größenordnung seien im vergangenen Jahr aus Russland dazugekommen, müssten aber storniert werden, sagte der SMS-Vorstandschef Burkhard Dahmen bei der Bilanzvorlage des Unternehmens am Donnerstag. Nach Unternehmensangaben gibt es derzeit noch etwa 20 Projekte, bei denen noch mit den jeweiligen Kunden über eine Stornierung verhandelt wird. Diese Projekte seien aber über entsprechende Exportabsicherungen gegen mögliche Schadenersatzforderungen abgesichert. In Russland hat SMS gegenwärtig etwa 1700 Beschäftigte an den beiden Standorten Moskau und Tschljabinsk (Ural).

Der Angriff Russlands auf das Nachbarland und die Störungen in den internationalen Lieferketten werden in diesem Jahr das SMS-Ergebnis belasten. Man werde das Ergebnis des Vorjahres nicht erreichen, erklärte Finanzchef Torsten Heising. Beim Umsatz werde man aber die Drei-Milliarden-Euro-Grenze übertreffen. Im vergangenen Jahr hat SMS knapp 2,56 Milliarden Euro umgesetzt. Das waren 6,8 Prozent weniger als im Vorjahr, was das Management damit begründet, dass die Abnahmen einiger Projekte während der Pandemie verschoben worden seien. Vor Steuern hat das Unternehmen etwa 87 Millionen Euro verdient. Damit sei man nach der Pandemie zu profitablen Wachstum zurückgekehrt, so SMS. Im ersten Corona-Jahr hatte der Konzern vor Steuern einen Verlust von 126 Millionen Euro erlitten....

Tagesspiegel

Rückkehr zu schmutziger Energie

Die rückläufigen Gaslieferungen aus Russland zwingen nach einem Bericht des Tagesspiegel die energieintensive deutsche Industrie zum Umdenken. Da den Unternehmen droht, das Gas auszugehen, ziehen sie schmerzhaft Einschnitte in der Produktion in Betracht und die Rückkehr zu umweltschädlichen Energiequellen – ein Schritt, der bis vor kurzem noch undenkbar war und ihre Klimaziele gefährdet. Einige Unternehmen greifen in ihrer Not auf fossile Energien zurück. Kelheim Fibres prüfe beispielsweise derzeit, Millionen von Euro in die Umrüstung seines Gaskraftwerks auf den Betrieb mit Öl zu investieren. Der Kölner Spezialchemiekonzern Lanxess prüft eine Verschiebung des geplanten Ausstiegs aus den Kohlekraftwerken. Und die BASF in Ludwigshafen arbeitet intensiv an einem Notfallplan, um das vorhandene Gas so einzusetzen, dass im Krisenfall die systemrelevante Produktion möglich bleibt.

Linde zieht sich aus LNG-Projekt in Ust-Luga zurück

Nach Informationen des russischen Kommersant steigt Linde aus dem Projekt zum Bau einer Gasverflüssigungsanlage in Ust-Luga in Nordwestrussland unweit der estnischen Grenze aus. Der deutsche Konzern habe seinen Partner Gazprom über den Ausstieg informiert. Linde hatte 2021 den Zuschlag für die Planung und Errichtung der Anlage mit einer Jahresleistung von 19,5 Millionen Tonnen erhalten. Es handelt sich um ein Projekt in Milliardenhöhe.

[«Балтийский СПГ» может лишиться ЕРС-подрядчика – Бизнес – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](https://www.kommersant.ru)

Deutsche Welle

[Russland und Kasachstan: Gibt es einen Handelskrieg? | Europa | DW | 24.06.2022](#)

Russische Medien berichten von Verstimmungen und einem beginnenden Handelskrieg zwischen Russland und Kasachstan. Kasachische Experten dementieren.

Auf dem jüngsten Sankt Petersburger Wirtschaftsforum stellte der kasachische Präsident Kassym-Schomart Tokajew in Anwesenheit des russischen Staatschefs Wladimir Putin klar: Sein Land werde eine Unabhängigkeit der „quasistaatlichen Gebiete Donezk und Luhansk“, wie Tokajew es ausdrückte, nicht anerkennen. Dies wurde in Kasachstan allgemein positiv aufgenommen. Damit folgt der zentralasiatische Staat nicht der Entscheidung Russlands, das die selbsternannten „Volksrepubliken“ im Donbass kurz vor Beginn seines Angriffskrieges gegen die Ukraine als unabhängige Staaten anerkannt hatte.

Auf Tokajews Äußerung folgten in russischen Medien Berichte über einen Handelskrieg zwischen den beiden ehemaligen Sowjetrepubliken. Eine Reihe russischer Medien und Telegram-Kanäle hatten gemeldet, Russland schränke unter dem Vorwand, im Schwarzen Meer nach Minen aus dem Zweiten Weltkrieg zu suchen, den Export kasachischen Erdöls über die Hafenstadt Noworossijsk ein. Daraufhin erschienen Meldungen, Kasachstan blockiere im Gegenzug den Transit von 1700 mit Kohle beladene Waggons der Russischen Eisenbahn.

„Diskreditierung gutnachbarlicher Beziehungen“

Die Kasachische Eisenbahn teilte dagegen mit, in Kasachstan gebe es gar keine 1700 Waggons mit russischer Kohle. Und in einer Pressemitteilung des kasachischen Ministeriums für Industrie und Infrastruktur heißt es, die Meldungen aus Russland über die Blockade russischer Kohletransporte würden bewusst auf eine „Diskreditierung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern“ abzielen.

Die Berichte über einen mutmaßlichen Handelskrieg sorgten in Kasachstan für Verwunderung. Denn Energieminister Bolat Aktschulakow hatte noch vor dem Petersburger Wirtschaftsforum im kasachischen Fernsehen eine Wartung der betreffenden Ölpipeline im Hafen Noworossijsk für die zweite Junihälfte angekündigt. "Leider sind noch nicht alle Weltkriegsminen geräumt. Die Pipeline verläuft zum Teil auf dem Meeresgrund. Die Arbeiten unter Wasser können erst beginnen, wenn mögliche Unfälle durch Minen aus dem Zweiten Weltkrieg ausgeschlossen werden können", erläuterte damals Aktschulakow.

„Geopolitische Partner und strategische Verbündete“

Kasachische Experten, mit denen die DW gesprochen hat, glauben nicht an einen russisch-kasachischen Handelskrieg. Der Abgeordnete der regierenden Partei „Amanat“ (ehemals „Nur-Otan“), Kanat Nurow, meint, Kasachstan sei von Russland logistisch abhängig. Fast die gesamten kasachischen Öl- und Gasexporte nach Europa würden über Russland gehen. "Wir sind in der Tat geopolitische Partner und strategische Verbündete der Russischen Föderation. Wir wahren nicht nur Neutralität, sondern sind auch Mitglied der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit und der Eurasischen Wirtschaftsunion", sagt Nurow und spricht von einer teilweisen Integration der beiden Ländern auf politischer und militärischer Ebene, und nennt als Beispiel die Luftabwehr.

Auch Nurows Fraktionskollege Aidos Sarym findet, in den Reaktionen der russischen Medien auf Tokajews Äußerungen in Sankt Petersburg komme zu kurz, wie eng die Beziehungen zwischen den Volkswirtschaften beider Länder seien: „Tatsache ist, dass wir eine 7500 Kilometer lange gemeinsame Grenze haben. Es gibt sehr viele Nutznießer des Grenzhandels und viele Joint Ventures, deren Zahl bis Ende des Jahres erheblich zunehmen könnte, angesichts des zu beobachtenden Zuzugs von Russen. Ich glaube nicht, dass es zwischen Kasachstan und Russland zu einem Handelskrieg und Sanktionen kommt. Das wäre am Ende kontraproduktiv“, so der Politologe. Gleichzeitig äußerte er die Hoffnung, dass „die gesunde staatspolitische Klasse Russlands, die Entscheidungen trifft, auf die wahren Interessen der Völker und Unternehmen beider Länder schaut“.

„Kasachstan muss alle Optionen prüfen“

Gleichzeitig räumt Aidos Sarym ein, dass Kasachstan nach alternativen Wegen für seine Importe und Exporte hin zu den Weltmärkten suche. Daher sei Präsident Tokajew unmittelbar nach dem Petersburger Forum in den Iran und nach Katar gereist. „Das ist eine lebenswichtige Notwendigkeit. Ich setze meine Hoffnungen vor allem in die Ergebnisse des Besuchs in Teheran. Dank Lieferungen aus dem Iran kann die Ernährungssicherheit der westlichen Regionen Kasachstans gewährleistet werden. Kasachstan muss heute alle Optionen prüfen. Wir erwarten ein hyperaktives Jahrzehnt in der Außenpolitik“, so der Abgeordnete.

Karte Lage Kasachstans in Zentralasien

Auch der kasachische Geschäftsmann Rasul Rysmambetow sagt, die Situation habe sich geändert: „Westliche Unternehmen haben ihre Aktivitäten in Russland gestoppt oder sich ganz zurückgezogen, was sich auch auf Kasachstan auswirkt“, sagt er. Auch wenn die Folgen

der Probleme von Russland und Belarus im Verhältnis zum Westen für Kasachstan jetzt schmerzhaft seien, würden sie letztendlich der kasachischen Wirtschaft nutzen, glaubt Rysmambetow.

Rosskur für die kasachische Wirtschaft?

Ihm zufolge hat die Eurasische Wirtschaftsunion mit Russland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken nie richtig funktioniert. Es habe immer Hindernisse seitens Russlands für Waren aus Kasachstan gegeben. „Je mehr Beschränkungen der Kreml beispielsweise für unsere Rohstoffen auferlegt, umso besser für uns, da sie dann bei uns bleiben. Wir werden uns ein Jahr lang quälen, aber dies wird die Entwicklung unserer petrochemischen Industrie vorantreiben. Zumal sich unsere Betriebe ständig über den Mangel an Rohstoffen beschwert haben, weil alles in den Westen und nach Russland ging“, so Rysmambetow.

Unterdessen betonte der kasachische Präsident in seiner Rede auf dem jüngsten Wirtschaftsforum in Doha, der Hauptstadt von Katar: „Putin ist immer noch ein zuverlässiger Verbündeter. Ich als Staatsoberhaupt freue mich, berichten zu können, dass ich ein enges Verhältnis zu Putin habe.“ Während der Podiumssitzung fügte Tokajew später hinzu, dass er gerne auch freundschaftliche und berechenbare Beziehungen zu den USA unterhalten würde.

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](https://bizforukraine.com)

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaIV@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

Hilfsaktion des Ost-Ausschusses für Projekt in Czernowitz – Jetzt beteiligen!

Der Ost-Ausschuss ruft zu Spenden für das Projekt «**City of Goodness**» auf. Das **Wohltätigkeitsprojekt in Tscherniwzi** (Czernowitz) in der Westukraine bietet hilfsbedürftigen Familien mit Kindern soziale Hilfe und Unterkunft. Der Ost-Ausschuss hat bereits positive Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit dem Projekt gesammelt. Weitere Informationen zu dem Projekt finden Sie hier: [Місто Добра \(misto-dobra.com.ua\)](http://misto-dobra.com.ua).

Das Geld kommt zu 100 Prozent dem Hilfsprojekt zugute und dient dazu, eine zusätzliche Unterkunft für 100 ukrainische Flüchtlinge einzurichten.

Wir bitten Sie, die Spende auf folgendes Konto beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft zu überweisen:

Kontoinhaber: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Bank: Commerzbank AG

Kontonummer: 22 11 977

BLZ: 100 400 00

SWIFT-Code: COBADEFF

IBAN: DE94100400000221197700

Hinweis: Die Spenden gehen zu 100 Prozent an das Projekt „City of Goodness“ im westukrainischen Tscherniwzi. Die Abwicklung erfolgt über den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Die Spenden werden dort gesammelt und dann an das begünstigte Projekt weitergeleitet. Bitte beachten Sie, dass der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft keine gemeinnützige Organisation ist und daher für die Spende keine Spendenquittung ausstellen kann. Für Rückfragen zur Abwicklung zum Projekt können Sie sich im Ost-Ausschuss gern an Herrn Stefan Kägebein, Regionaldirektor Osteuropa, unter s.kaegebein@oa-ev.de wenden.

Gesucht: Tankwagen für Kraftstofftransport in die Ukraine

Den Ost-Ausschuss hat eine Anfrage der ukrainischen Unternehmensgruppe Vitrago Holding (Vitagro.com.ua) erreicht. Gesucht wird nach Lösungen für den Transport von Kraftstoffen aus Europa. Eine der Hauptlösungen ist der Kauf von NEUEN oder GEBRAUCHTEN Kraftstofftanks für den Straßentransport.

Vitrago ist bereit, den Kauf von bis zu 5 Einheiten in Betracht zu ziehen.

Die Hauptanforderungen sind wie folgt:

- Vollständige ADR- und andere Zertifizierungen;
- Befüllung von unten mit API-Anschlüssen;

- Volumen ab 28 m3 pro Tank.

Falls Sie hier Kontakte vermitteln können, wenden Sie sich bitte im Ost-Ausschuss an Stefan Kägebein, S.Kaegebein@oa-ev.de

Umtausch von Hrywnja-Banknoten gestartet

Umtauschprogramm zwischen Euro und Hrywnja-Banknoten ist gestartet
Ein gemeinsames Programm der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Bundesbank und der Deutschen Kreditwirtschaft ermöglicht seit dem 24. Mai den Ankauf von Hrywnja-Banknoten. Flüchtlinge aus der Ukraine können nunmehr höchstens 10.000 Hrywnja zu einem, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Umrechnungskurs, tauschen. Mehr (auch auf Ukrainisch und Englisch)

[Umtauschprogramm Hrywnja-Banknoten - Bankenverband](#)

Spenden für ukrainische Feuerwehrleute in Charkiv – Aufruf der AHK Kyiv

Als Reaktion auf eine Anfrage der Hauptabteilung des Staatlichen Katastrophenschutzes der Ukraine in der Region Charkiv sammelt die gemeinnützige Organisation „Common Cause Charkiv“, zusammen mit der Freiwilligenbewegung der Ukraine und der AHK Ukraine, Geldspenden für den Kauf eines Abschleppfahrzeugs für die Charkiver Garnison des Staatlichen Katastrophenschutzes der Ukraine, um die Evakuierung beschädigter Feuer- und Rettungsausrüstung sowie das Abschleppen schwerer ziviler Fahrzeuge während des Krieges zu sichern.

Weitere Informationen:

German-Ukrainian Chamber of Industry and Commerce
vul. Pushkinska 34, 01024 Kyiv, Ukraine
Phone: +38 (044) 377 52 00, +380 44 377 52 44
Email: info@ukraine.ahk.de
<http://ukraine.ahk.de>

EU-Kommission richtet Telefon-Hotline für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ein

Die Europäische Kommission hat eine spezielle Telefon-Beratung in ukrainischer und russischer Sprache eingerichtet, um denjenigen zu helfen, die vor der russischen Invasion in der Ukraine fliehen. Seit Ende März beantwortet die Kommission über das Europe Direct-Kontaktzentrum schriftliche Fragen in ukrainischer und russischer Sprache – nun ist dieser Dienst auch telefonisch erreichbar.

Die Helpline soll Menschen, die aus der Ukraine fliehen, helfen, indem sie ihre Fragen beantwortet und praktische Informationen bereitstellt, von den Bedingungen für die Einreise in die EU und das Reisen innerhalb der EU bis hin zum Zugang zu Rechten und Möglichkeiten wie Bildung, Arbeit oder Gesundheitsversorgung.

Die Helpline ist innerhalb der EU in ukrainischer und russischer Sprache unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 und außerhalb der EU unter der Nummer +32 22 99 96 96 zum internationalen Standardtarif zu erreichen. Die Helpline bietet auch einen kostenlosen Rückrufservice.

Weitere Informationen:

[Daily News 16 / 05 / 2022 \(europa.eu\)](#)

Schulmaterial für ukrainische Flüchtlinge in Polen - Hilfsaufruf

Wir möchten Sie auf ein Non Profit Projekt von Klett Polska aufmerksam machen, dass Integrationsschulhefte und Poster für geflüchtete Grundschüler aus der Ukraine produzieren und spenden möchte. Wir würden uns freuen, wenn sich Unternehmen oder NGOs an den Produktionskosten beteiligen würden. Anbei finden Sie die Informationsmaterialien auf Polnisch sowie Informationen zu den Produktionskosten.

Bei Rückfragen wenden Sie sich gern direkt an: Michał Kulesza, Managing Director Klett Polska (m.kulesza@klett.pl). Wir stehen Ihnen für Rückfragen selbstverständlich ebenfalls zur Verfügung: a.stadnicki@oa-ev.de.

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses: #WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um

Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).

Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wie erfahre ich mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC:

[Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt:

[Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

[Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

EU-Leitlinien für Flüchtlinge

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Unterkunftsangebote

I CAN HELP HOST

Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](#)

Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#);

For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>

- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen:
<https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlXuOsZ9InhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): [germany4ukraine](#)

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. 030-720 220 640, Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

Lebensmittel

BMEL: Es gibt inzwischen eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an. Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen. Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich

derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de). Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfsersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;

- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hierhin:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Spenden an Aktion Deutschland Hilft

[❤️ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](#)

MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Websites Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen.

Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

